

Wortlautprotokoll des Grossen Rats des Kantons Graubünden

Montag, 13. Juni 2022 Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsidentin Aita Zanetti / Standesvizepräsident Tarzisius Caviezel
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 116 Mitglieder entschuldigt: Cahenzli-Philipp (Untervaz), Cantieni, Niggli (Samedan), Renkel
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Eröffnungsansprache der Standespräsidentin

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Ist der Wandel das einzig Beständige? «Hoz la chas'es mia, duman sarà'la tia, stabel, tegna adimaint, resta be il müdamaint.» «Heute gehört das Haus noch mir, morgen schon ist es dann dir. Beständig bleibt nur, denke dran, was sich ständig ändern kann.» Diese romanische Inschrift ist auf einem alten Engadiner Haus in Sent zu lesen.

Come sappiamo tutta la nostra vita assomiglia a un viaggio nello spazio e nel tempo. Durante questo viaggio cambiamo sia internamente, sia esternamente. Da sempre siamo esposti a un costante cambiamento. Da sempre le contadine e i contadini adeguano il loro lavoro nei campi e in fattoria alle condizioni esterne e lavorano secondo i ritmi dettati dalla natura, primavera – estate – autunno – inverno. Neve e pioggia, sole e caldo, grandine e gelo, l'intero assortimento di condizioni climatiche influenza ogni giorno le loro azioni.

Hoz das-ch eu drivir l'ultima sessiun da la legislatura currainta. Guardond inavo constatesch eu cha bler as ha müdà eir qua in nos Cussagl. Nus avain stuvü tour cum-già per adüna da duos collegas. E nus avain das-chü beneventar a novas collegas deputadas ed a novs collegas deputads. Intant cha las dumondas ed incumbensas circulaivan al cumanzamaint da la legislatura amo sün palperi, cureschan ellas uossa a moda digitala. Nus avain eir stuvü bandunar sforzadamaing la sala dal Cussagl Grond e salvar nossas sezzüdas illa halla da la cità da Cuoir ed i'l Center da Congress a Tavo. Debattar cun mascrinas e sün distanza. Chi avess mà pudü s'imaginar alch simil, l'avuost 2018?

Es gibt jedoch auch Beständiges im Wandel. Während sich diese Legislatur ihrem Ende zuneigt, wird Ende August eine neue, um vier Jahre andauernde Amtsperiode beginnen. Die erstmals nach dem Proporzsystem gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter werden im Saal Platz nehmen, unter demselben Dach, durch dieselben Mauern geschützt. Sie tragen die gleiche Verantwortung wie ihre Vorgängerinnen und Vorgänger, nämlich nach Lösungen für Graubünden zu ringen, welche mehrheitsfähig und tragbar sind. Sie werden auch dafür ver-

antwortlich sein, welche Gesprächs- und Debattierkultur hier in diesem Saal gepflegt wird.

Se all'inizio di questa legislatura, con Barbara Janom Steiner una donna sedeva sui banchi del Governo, le donne dei Grigioni hanno dovuto accettare un periodo di carica senza rappresentanza femminile. Invece in questo periodo la presidenza del Gran Consiglio è stata detenuta per due volte da una donna. In quanto numero sette in questa successione, personalmente me ne rallegro in modo particolare.

Ich möchte aber auch gerne den Blick nach vorne richten. Wir durchleben besondere Zeiten in einem besonders schönen und lebenswerten Kanton. Seine gewachsenen Strukturen müssen sich ebenfalls an die sich stets wandelnden Bedürfnisse anpassen wie auch Stabilität garantieren. Dies ist eine immerwährende Aufgabe, und es liegt an uns allen, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Nur weil es immer so war, wird es nicht für immer so bleiben. Wieviel müssen wir aufgeben, damit Neues entstehen kann? Welche Entwicklung werden wir zulassen? Was gilt unbedingt zu bewahren? Diese Fragestellungen sind nicht pauschal zu beantworten. Doch sollten wir uns immer auf unsere Grundwerte besinnen. Der Kanton Graubünden ist ein freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Die Gewichtung dieser Grundwerte unterscheidet sich nach politischer Haltung und Gesinnung. Das ist richtig und wichtig, denn die Demokratie lebt und entfaltet sich nur dann, wenn verschiedenste politische Ansichten in die Debatte eingebracht werden. Das ist Teil einer lebendigen «cumünanza», die jedoch auch klarer Regeln bedarf.

Mein Vorgänger, Martin Wieland, hatte sein Amtsjahr mit Demut, Dankbarkeit und Bescheidenheit umschrieben, mein Nachfolger wird andere, seine eigenen Werte einbringen. Graubünden ist unser Zuhause, unser Haus. Dieses Haus ist auf stabilem Grund gebaut, mit handwerklicher Kunst geschmückt, enthält hochmoderne Komponenten, und alle, die in diesem Haus wohnen, sollten sich in ihm wohlfühlen. Wer sich wohl fühlt, kann sich entwickeln. Wer sich entwickeln kann, kommt auf neue Ideen, ist innovativ. Innovation wiederum verändert das Haus, ermöglicht die eine oder andere Er-

leichterung. Manchmal bedarf es kleinen Anpassungen, manchmal grösseren Renovationen, und manchmal muss etwas abgerissen werden, damit Neues entstehen kann. Nicht jedes Zimmer, nicht jeder Raum ist gleich. Die Bewohnerinnen und Bewohner sollten sie nach ihren Bedürfnissen und Ansprüchen einrichten, schlicht oder bunt, mit grossen Fenstern oder kleineren. Wenn wir erreichen, dass sich auch Gäste in unserem Haus wohl und willkommen fühlen, wenn wir auch daran denken, dass es für einzelne unter uns vielleicht schwierig, wenn nicht unmöglich wird, über eine steile Treppe zu steigen, dann haben wir ein lebendiges Haus, das auf gegenseitigem Respekt und Achtung beruht, geschaffen. Gerne spricht man dann auf die Gesellschaft bezogen von Inklusion. Inklusion ist weit mehr als Integration. Inklusion bedeutet Gleichwertigkeit, gerade weil Unterschiede vorhanden sind. Inklusion macht unseren Alltag reicher, bunter, vielleicht auch weniger bequem und erfrischend anders. Gelebte Inklusion bedeutet, dass wir willens sind, einander zu verstehen, und nicht erwarten, dass sich unser Gegenüber uns anpasst, sondern umgekehrt. Gelebte Inklusion bedeutet, dass wir sogenannten Randgruppen Raum geben, ihnen die Möglichkeit bieten, Teil unserer Gemeinschaft zu sein.

Deshalb möchte ich gerne am Schluss meiner Ausführungen auf das im Jahre 2018, also zu Beginn dieser Legislatur, erschienene Buch in der Reihe der Chasa Paterna erwähnen: «Sguard sur la saiv», «Blick über den Zaun», von Olga Prevost aus Sent. Es ist ein kleines, feines Buch wie die Autorin selbst. Das zweite Kapitel widmet sich den «maschneras talianas», den Haushälterinnen aus Italien: Lucia, Tranquilla, Mafalda, Mariuccia, Olimpia. Diese Frauen haben bei uns ihre zweite Heimat gefunden, ihr «dachasa». Und lange wusste ich gar nicht, dass diese Frauen Wurzeln in Italien haben. Die Geschichte von Olga Prevost, die mich jedoch am meisten berührt, hat den Titel «Nos Men», unser Men. Men, Jahrgang 1937 wie Olga, hatte das Downsyndrom. Gestorben ist er mit 57 Jahren. Es gibt Menschen, welche die Dorfgemeinschaft prägen mit ihrem Wesen, mit ihrer Ausstrahlung. Men war so eine Persönlichkeit, beschrieben von Olga Prevost in Verbundenheit, mit Respekt und Achtung, getragen von seiner Familie mit Liebe. Gelebte und ehrliche Inklusion, weil Men Teil seiner Schulkasse sein konnte, weil er das Schulzimmer auch vorzeitig verlassen durfte, weil er seinen Namen auf die Schiefertafel schreiben konnte, weil er beim Holzschnitzer im Dorf auf einem Stück Holz seine Kunstwerke schnitzen konnte, weil er die Musikgesellschaft mitdirigieren durfte und dem Dirigenten bei den Platzkonzerten die Noten trug, weil Men als einer von uns als «nos Men» galt. Und weil Olga Prevost ihm ein ganzes Kapitel ihres Buches gewidmet hat. Mit einem Blick über den Zaun zum Nachbarn, ein neues Kapitel aufschlagend und in die Zukunft richtend erkläre ich die Junisession für eröffnet. *Applaus.*

Totenehrungen

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Am 24. März 2022 ist Klaus Huber-Jörin mit 83 Jahren gestorben. Er wurde am 27. September 1938 im Tessin geboren, wo er zusammen mit fünf jüngeren Geschwistern in Gravesano aufwuchs. 1950 zog die Familie nach Schiers, wo seine Eltern die Leitung der neu gegründeten Bäuerinnenschule übernahmen. In Schiers und im Kanton Bern absolvierte Klaus Huber die Ausbildung zum Landwirt. Nach der Rekrutenschule studierte er an der ETH in Zürich Agromomie. 1966 heiratete der Verstorbene Sonja Jörin, mit der er drei Töchter hatte. Zusammen mit seiner Frau übernahm er 1970 von seinen Eltern die Leitung der Bäuerinnenschule in Schiers, die sie bis 1995 führten. Klaus Hubers Leben war aber auch von der Politik geprägt. Unter anderem war er von 1978 bis 1987 Gemeindepräsident von Schiers und vertrat von 1975 bis 1994 den Kreis Schiers in dem Grossen Rat. Im Amtsjahr 1988/1989 war er Standespräsident. Als Regierungsrat stand er von 1995 bis 2004 dem Departement des Innern und der Volkswirtschaft vor und war 1999 und 2004 Regierungspräsident. Er hat zahlreiche grosse Projekte im Kanton aufgegleist oder umgesetzt, so beispielsweise den Aufbau der regionalen Arbeitsvermittlungszentren und die Gemeindereform. Differenzierte Sachlichkeit und Fairness zeichneten ihn nicht nur in seiner politischen Tätigkeit aus. Dem als zugänglich und volksnah geltenden Verstorbenen waren seine Familie und seine Mitmenschen äusserst wichtig. Der grosse und langjährige Einsatz zugunsten der Öffentlichkeit trug ihm höchste Anerkennung und Wertschätzung bei Volk und Behörden ein. Seine menschlichen und fachlichen Qualitäten sowie seine Verdienste für Gemeinde, Region und Kanton werden uns stets in guter Erinnerung bleiben.

Peter Giacomelli wurde am 11. Juni 1960 geboren und ist am 8. April 2022 im Alter von 61 Jahren gestorben. Er kam in Chur zur Welt und wuchs zusammen mit zwei jüngeren Brüdern in Landquart auf. Nach der Schule und einer Lehre als Ofenbauer folgte eine Ausbildung zum Hochbauzeichner. Das erworbene Wissen setzte Peter Giacomelli in seiner Tätigkeit als Bauleiter erfolgreich um. Erst vor wenigen Monaten hatte der Verstorbene Olivia Schmid geheiratet, mit der er seit Anfang der Neunzigerjahre liiert war. Die Politik war schon früh ein wichtiger Bestandteil im Leben des Verstorbenen. 1986 war er Gründungsmitglied der jungfreisinnigen FDP Graubünden. Im Jahr 2010 wurde er von der Bevölkerung des Kreises Trin in den Grossen Rat gewählt. Seit 2014 brachte er sein Fachwissen und seine Erfahrung in die grossrätliche Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie, die KUVe, ein. Er setzte sich immer für eine offene und freiheitliche Gesellschaft ein. Peter Giacomelli hatte einen ausgeprägten Sinn für das Schöne und Gute auf der Welt und lebte viele seiner Wünsche und Träume, mit seinem Hüttli im Bergell etwa oder auf der Jagd. Als wahrhafter Menschenfreund war er für seine Geselligkeit und sein sehr soziales und hilfsbereites Wesen bekannt. Peter Giacomellis Einsatz für Kanton, Region und Gemeinde trug ihm viel Anerkennung und Wertschätzung bei Volk und Behörden ein. Für seinen

jahrelangen, umsichtigen und uneigennütigen Einsatz im Dienste der Öffentlichkeit gebührt dem Verstorbenen an dieser Stelle der verdiente Dank. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren sowie die Zuschauer auf der Tribüne, sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Ich danke Ihnen.

Vereidigung erstmals anwesender Stellvertreterinnen und Stellvertreter

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Wir kommen zur Vereidigung des erstmals anwesenden Grossratsstellvertreters. Darf ich Sie bitten, nach vorne zu kommen sowie den Rat und die Zuschauer auf der Tribüne, sich von den Sitzen zu erheben? Besten Dank. Die Formel des Eides lautet wie folgt: «Sie als gewähltes Mitglied des Grossen Rates schwören zu Gott, alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.» Ich bitte Sie, die Schwurfinger zu erheben und mir die Worte des Eides nachzusprechen, die lauten: «Ich schwöre es.» Darf ich Sie bitten?

Cahenzli (Ilanz): Jeu engirel.

Standespräsidentin Zanetti (Sent): Grazcha fich. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Für die Beratung des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung 2021 des Kantons Graubünden übergebe ich die Ratsleitung dem Standesvizepräsidenten. Prima vorrei fare gli auguri di buon compleanno al granconsigliere Wellig. Cordiala gratulaziun. Applaus.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Wir kommen nun zur Beratung des Geschäftsberichtes und zur Jahresrechnung 2021 des Kantons Graubünden. Dazu haben Sie folgende Unterlagen erhalten: Protokoll der KSS und die Jahresrechnung 2021. In einem ersten Teil behandeln wir die Erfolgskontrolle Jahresprogramm. Die Kommission für Staatspolitik und Strategie hat unter dem Präsidium von Maurizio Michael aus Castasegna die Geschäfte vorberaten. Die Regierung wird in erster Linie durch den Leiter des Finanzdepartementes, Regierungsrat Christian Rathgeb, vertreten. Die anderen Mitglieder der Regierung werden jeweils zu Fragen, die spezifisch ihre Departemente betreffen, Antworten geben. Ich gedenke folgendermassen vorzugehen: Wir werden zuerst die Eintretensdebatte führen, danach die Entwicklungsschwerpunkte im Detail beraten und zu guter Letzt werden wir die finanzpolitischen Eckwerte ebenfalls im Detail beraten. Danach werden wir die Jahresrechnung beraten. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Dies ist der Fall. Danke. Dann beginnen wir mit der Debatte. I. Erfolgskontrolle Jahresprogramm 2021. Zum Eintreten erteile ich Kommissionspräsident Maurizio Michael das Wort.

Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2021 des Kantons Graubünden

Erfolgskontrolle Jahresprogramm 2021

Eintreten

Antrag KSS und Regierung
Eintreten

Michael (Castasegna); Kommissionspräsident: Buongiorno e buona sessione a tutti. Der Grosse Rat hat in der Februarsession 2020 den Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2021-2024 zur Kenntnis genommen und acht finanzpolitische Richtwerte für diese vierjährige Planperiode beschlossen. Regierungsprogramm und Finanzplan bilden gemeinsam die mittelfristige Schwerpunktplanung der Regierung. Die darin enthaltenen Entwicklungsschwerpunkte der Regierungstätigkeit werden jeweils in den Jahresprogrammen konkretisiert. Im Rahmen der Erfolgskontrolle wird schliesslich Rechenschaft über den Umsetzungsstand der einzelnen Jahresziele abgelegt. Die vorliegende Erfolgskontrolle gibt Auskunft über die Umsetzung der im Rahmen des Jahresprogramms 2021 formulierten Jahresziele. Die Darstellung wurde in Analogie zum Regierungsprogramm 2021/2024 beziehungsweise zum Jahresprogramm 2021 angepasst. Im Vergleich zu den Erfolgskontrollen der früheren Jahre wird die Zielerreichung neu durch eine dreistufige Kategorisierung durch ein Ampelsystem oder eine Ampelsystemdarstellung bewertet. Die KSS hat sich mit der Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2021 an ihrer Sitzung vom 9. Mai 2021 im Beisein von Regierungspräsident Marcus Caduff beschäftigt. Im Voraus und während der Kommissionssitzung hatten die Mitglieder der Kommission die Möglichkeit, Verständnis- und Klärungsfragen zu den verschiedenen Entwicklungsschwerpunkten zu stellen. Von den 96 formulierten Jahreszielen wurden gemäss Bericht 53 erreicht, 34 teilweise erreicht und neun nicht erreicht. Die KSS empfiehlt Ihnen, in das Geschäft einzutreten und von der Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2021 der Regierung in der vorliegenden Form Kenntnis zu nehmen. Wie üblich wird die Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2021, das Sie in der Botschaft zusammen mit der Jahresrechnung 2021 finden, im Grossen Rat durchberaten. Dort können Sie den Mitgliedern der Regierung Klärungsfragen stellen, Bemerkungen und Wünsche deponieren. Geschätzter Herr Vizestandespräsident, für die Behandlung der einzelnen Jahresziele und Entwicklungsschwerpunkte gebe ich nun Ihnen das Wort wieder zurück.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Danke. Wünschen weitere Mitglieder der Kommission das Wort? Grossrat Wilhelm, Sie haben das Wort.

Wilhelm: Ich möchte ein, zwei überblickende Ausführungen machen zu dieser Erfolgskontrolle, zum Jahresprogramm 2021, das auch, um dann nachher nicht mehr

zu jedem Punkt zu sprechen. Zusammenfassend nach der Auseinandersetzung in der KSS und anschliessend auch in der Diskussion in unserer Fraktion in der SP-Fraktion. Zuerst an der vordersten Stelle die Feststellung, dass die Lesbarkeit, die mit den im Laufe der Legislatur im Zusammenspiel von Kommission mit Regierung, ja, erwirkten Umsetzungen dieser Lesbarkeit stark verbessert wurde. Wir teilen diese Einschätzung. Dass inhaltlich das Programmjahr 2021 von COVID-19 stark geprägt war, das liegt, glaube ich, auf der Hand. Dass dabei auch verschiedene Projekte beispielsweise im Bereich der Gesundheit aus Ressourcengründen nicht eben forciert werden konnten, ist ebenso nachvollziehbar und eben auch mit dieser neuen Ampeldarstellung, wie vom Präsidenten erwähnt, auf den entsprechenden Seiten 41 bis 44 gut feststellbar, weil eben auffällt, mehr rot und orange statt eben grün. Ich möchte inhaltlich nicht so viel über Einzelpunkte reden, sondern versuchen, anhand von drei, vier Themenbereichen eine Einschätzung der allgemeinen Stossrichtung vorzunehmen, die für eine zukunftsgerichtete Entwicklung des Kantons Graubünden wichtig und zentral ist. Hoch erfreulich, das wurde auch in unserer Fraktion so festgehalten, ist das Tempo, das die Regierung beim Klimaschutz in diesem letzten Jahr vorgelegt hat. Wir haben im Oktober die Stossrichtung des Green Deals gutgeheissen und die erste Etappe freigegeben. Regierung und Verwaltung haben dann die Umsetzung in Rekordtempo, nämlich bereits auf den Dezember, vorgenommen. Ich glaube, das ist wirklich stark und auch erwähnenswert. Es zeigt eben auch, dass es schnell gehen kann, wenn man oder wenn eben Regierung und Verwaltung wollen, wenn der Wille da ist. Wir sehen ja auch bereits, wie die entsprechenden Massnahmen wirken, dass eben bereits konkrete Investitionen auch forciert werden, beispielsweise auch von unserer Graubündnerischen Kantonalbank. Und ich meine, das ist ein gutes Beispiel. Ein Beispiel für eine Pace, für eine Vorgehensweise, die wir brauchen und die wir auch für die kommende Etappe des Green Deals brauchen werden, und da hoffe ich natürlich, dass man da im gleichen Schrittempo, nicht Schrittempo, sondern im gleichen Schnellzugstempo weitermacht. Beim aktuellen Fahrplan habe ich da eher gewisse Fragezeichen und hoffe, dass es da schneller gehen kann. Nicht die gleiche Pace, die hatten wir bei der Digitalisierung festgestellt und beim E-Government festgestellt. Es sind fast vier Jahre vergangen, seit der Auftrag für einen Digitalisierungsschub von Ihnen, von unserem Rat, eigentlich auf den Weg gegeben wurde. Es ist natürlich nichts passiert in diesem Bereich. Der Verein ist gegründet, hat auch für einige Diskussionen gesorgt, Aufbauarbeiten übernommen, Konzepte für Fachrat, für Empfehlungen, für Gesuchsvorlagen, aber es wird jetzt dann langsam schon auch wichtig sein, dass dann auch konkret gefördert wird und dass wir da jetzt auch konkret dann Projekte voranbringen. Ich glaube, darauf müssen wir auch in der kommenden Legislatur ein entsprechendes Auge legen. Gar nicht überzeugt sind wir davon, wie es punkto E-Government vorangegangen ist. Wir sind froh, dass die Regierung hier auch auf Anfrage von Kollege Grossrat Oliver Hohl einen Strategiewechsel ankündigt und hier wirklich versucht, dem Thema mehr Gewicht zu geben,

mehr Tempo zu geben. Ich glaube, da hätten wir wirklich Effizienzgewinne, die wir realisieren könnten. Wichtig einfach auch an dieser Stelle für den gesamten Rat: Effizienzgewinne und Digitalisierung, die sind gut. Die wollen wir. Aber sie müssen auch erarbeitet werden, auch hart erarbeitet werden. Und das wird auch Ressourcen benötigen. Und Ressourcen, das bringt mich zum dritten Themafeld, die Fachkräfte, ein sehr wichtiges, ein sehr akutes Thema. Die Fachkräfte und ihre Lebensqualität, etwas, das sehr wichtig ist in der heutigen Zeit, nicht nur für die öffentliche Hand, sondern auch für unsere Betriebe. Wir spüren das alle im Alltag. Und ich glaube, auch da sind einige Grundlagen erarbeitet worden, vor allem im Bereich auch des Standortmarketings, quasi zur Promotion des Arbeits- und Lebensraumes von Graubünden. Und ich glaube, diese Promotion, die ist wichtig, und es ist gut, dass man das macht. Aber es ist auch ganz wichtig, dass die Werbung dann auch hält, was sie verspricht. Also Werbung allein hilft natürlich nicht. Es hilft nichts, wenn wir Werbung machen für einen Arbeits- und Lebensraum. Und die Leute, die wir ja wollen, dass sie dann zu uns kommen, aufgrund dieser Werbung dann je nachdem eben kein Dach über dem Kopf finden, das sie sich leisten können oder auch keinen Krippenplatz, den sie brauchen, um hier zu arbeiten. Ein Thema, das wir schon länger beklagen, nicht zum ersten Mal. Grossrätin Sandra Spadarotto wird sich dann bei dem entsprechenden Schwerpunkt dann auch nochmal detailliert dazu äussern. Ich glaube, ganz spezielles Gewicht müssen wir der Frage geben, der Promotion des Wohnstandortes. Wenn wir den Kanton als Wohnstandort positionieren wollen, dann braucht es eben auch Raum zum Wohnen. Ein Thema, das, ich glaube, mittlerweile im ganzen Kanton ein wichtiges Thema ist, bei dem wir der Meinung sind, dass wir es noch im laufenden Jahr schaffen müssen, ideologische Kriegsbeile zu begraben und als Kanton hier zusammenstehen, damit wir hier dann wirklich vorwärtskommen. Ich glaube, es kann nicht sein, dass wir über Fachkräfte reden, über Leute reden, die wir anziehen müssen, beispielsweise im Gesundheitswesen, und wenn wir sie dann hätten, dann sagen sie ab, weil leider keine Bleibe gefunden. Ich glaube, hier brauchen wir wirklich mehr Lead auch seitens des Kantons. Und abschliessend aus Sicht der SP-Fraktion erfreulich, wie wir das diskutiert haben, ich gebe das weiter, dass die Regierung doch auch viele Ziele erreichen konnte, die für den sozialen, den kulturellen Zusammenhalt des Kantons, für die Sicherheit der Bevölkerung und auch für die Stärkung von Bildung und Forschung ganz zentral sind. Und zu erwähnen sind hier die bereits viel diskutierte Koordinationsstelle, mehrsprachige Verwaltung. Bei allen Diskussionspunkten, die da auch berechtigt eingebracht wurden, die Initialisierung des Kulturgüterportals, das Vorantreiben und Umsetzen der Strategien zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt, von Cyberkriminalität und des Aufbaus des kantonalen Bedrohungsmanagements oder auch die erreichten Ziele zum Ausbau der Kooperationen mit universitären Forschungsinstitutionen, welche auch wesentlich dazu beitragen, dass sich der Forschungskanton Graubünden in einer erfreulichen Vorwärtsbewegung befindet. Zusammenfassend: Die Stossrichtungen, die

stimmen unseres Erachtens nach wie vor. Die Tempi sind sehr unterschiedlich, von Spitzengeschwindigkeiten bis doch recht zögerlich, teilweise natürlich selbstverständlich geprägt durch COVID-19 und teilweise natürlich auch ein bisschen blockiert durch die Haltung, die hin und wieder auch im Grossen Rat zum Tragen kommt, Stichwort hier vielleicht auch: sehr eng gefasste Richtwerte. Unter dem Strich ist es sicher angezeigt, trotz pointierter Kritik, auch in einzelnen Punkten der Regierung und Verwaltung einen grossen Dank für den grossen Einsatz auszusprechen, den sie für unseren Kanton leisten. Und vielleicht noch im Ausblick: Ich glaube, es ist eben wichtig, dass wir Ziele festhalten, dass wir Ziele mit der Regierung diskutieren und sie dann auch versuchen zu erreichen. Wir müssen aber nicht nur mit der Regierung Ziele definieren, sondern wir müssen auch dafür schauen, dass die Regierung und Verwaltung die Mittel haben, sie dann eben auch zu erreichen. Ich glaube, darüber müssen wir uns sicher weiter unterhalten. Und zweitens: Eben vieles, was wir tun, ich habe es gesagt, nützt am Ende nur dann etwas, wenn die Leute, für die wir attraktiven Arbeits- und Lebensraum sein wollen, hier auch ein finanzierbares Dach über dem Kopf und einen finanzierbaren Platz in der Krippe finden werden. Wir sind natürlich auch für Eintreten und danken der Regierung.

Kohler: Ich zitiere in meinem Eintretensvotum Art. 60 Grossratsgesetz, welcher vorweg bestimmt, dass der Grosse Rat und die Regierung bei politischen und strategischen Planungen zusammenwirken. Grundlagen gemeinsam erarbeiten und Planungen inhaltlich koordiniert werden. Die Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2021 ist eben ein Teil der politischen und strategischen Steuerung im Kanton Graubünden. Und es stellt sich die Gretchenfrage: Wirken Regierung und Parlament zusammen und koordinieren die Planungen? Die Mitglieder der Mitte-Partei sagen Ja, denn sie schätzen bei der politischen Kommissionsarbeit den direkten Kontakt zur Regierung oder dem Regierungspräsidenten. Es ist aus unserer Sicht nicht selbstverständlich, dass man sich gemeinsam an einen Tisch setzt und sich auf Augenhöhe austauscht, dass die Zielerreichung hinterfragt werden kann und auf die Argumente eingegangen wird oder dass z. B. Regierungsbeschlüsse eingesehen werden können. Die Regierung ist sehr bemüht, ihren Beitrag für ein konstruktives Miteinander zu leisten. Herzlichen Dank an dieser Stelle für den gemeinsamen kooperativen Weg, welchen wir nicht ohne Not einfach so aufgeben sollten. Sie merken, ich mache hier schon einen kleinen Ausblick. Wenn ich mich inhaltlich mit der Erfolgskontrolle auseinandersetze, dann frage ich mich jeweils, ob auch ausgewählte Interessensvertreter unsere Anliegen teilen. 2022 habe ich von Wirtschaftsvertretern eine so quasi Fremdbeurteilung eingeholt und mich nach ihren Bedürfnissen erkundigt. Sie brauchen verlässliche Tagesstrukturen, auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen, vielfältigen Wohnraum oder einen attraktiven innerregionalen Verkehr, um nur mal drei Themenfelder zu skizzieren. Grundsätzlich kann ich erfreut festhalten, dass in einigen Bereichen eine hohe Deckungsgleichheit zwischen den erreichten Zielen und den Bedürfnissen der

Unternehmen besteht. Das ist doch grundsätzlich sehr positiv. Natürlich fällt die Beurteilung der tagesaktuellen Herausforderungen, welche hier nicht behandelt werden und trotzdem erwähnt werden sollten, kritischer aus. Wir machen ja einen Blick in die Zukunft, wohin die Reise geht. Grosse Unsicherheiten herrschen. Wir machen uns Sorge um Energiepreise, um den überhitzten Arbeitsmarkt und steigende Inflationen. Das bereitet uns Sorge. Ich schliesse aber mein Votum mit einem Blick jetzt, einem Spezialblick, erlauben Sie mir diesen, auf eine historische Gedenkstätte von letzter Woche in Domat/Ems ab. Die Lokalität Grabs Gross, das sind ein paar Steine, bilden eine Gedenkstätte, und wir erinnerten uns an eine Schlacht, als sich der Oberländer Landsturm formiert und gegen die französischen Truppen gekämpft hat. Am 3. Mai 1799 wechselten die Fronten zwischen Reichenau, Domat/Ems, Chur mehrmals. Und am Ende des Tages wurden über 600 getötete Landstürmer in Tuleu bel gezählt. Wer hätte gedacht, dass sich die Geschichte in Europa in der heutigen Zeit vor unserer Haustüre wiederholt? Wir denken an die Betroffenen, sind solidarisch und hoffen, dass das Elend und die Unsicherheit in Europa ein schnelles Ende finden mögen.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Wird unter dem Titel allgemeine Diskussion das Wort zum Eintreten gewünscht? Dem scheint nicht der Fall zu sein. Herr Regierungspräsident?

Regierungspräsident Caduff: Ich mache gern ganz kurz einige Ausführungen: Das Jahr 2021 war erneut massgeblich geprägt durch die COVID-19-Pandemie. Die Minimierung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden für den Kanton Graubünden war denn auch eine der Hauptaufgaben und obersten Maximen der Regierung im vergangenen Jahr. Die Bewältigung und Überwindung der Pandemie hat innerhalb der kantonalen Verwaltung sehr viele Ressourcen gebunden und zu einem beträchtlichen personellen und finanziellen Mehraufwand geführt. Aufgrund dieser Mehrbelastung konnten nicht alle Projekte wie gewünscht umgesetzt respektive vorangetrieben werden. Grossrat Wilhelm hat bereits darauf hingewiesen. Trotz dieser ausserordentlich schwierigen Situation ist es der kantonalen Verwaltung, so glauben wir zumindest, mehrheitlich gelungen, die gesetzlichen Aufträge und Leistungen in hoher Qualität zu erbringen. Der Präsident der KSS hat auch bereits darauf hingewiesen: Der Regierung war es ein Anliegen, die Zielerreichung, welche in der Vergangenheit immer wieder für Irritationen und Fragen im Grossen Rat geführt hat, etwas klarer und verständlicher zu gestalten. Im Vergleich zu den Erfolgskontrollen der früheren Jahre wird die Zielerreichung neu durch eine dreistufige Kategorisierung bewertet. Ein grüner Status bedeutet, dass das im Jahresprogramm formulierte Jahresziel vollständig oder weitgehend erreicht wurde. Ist das Jahresziel mit einem gelben Status versehen, wird damit zum Ausdruck gebracht, dass substanzielle Elemente des Jahresziels nur teilweise umgesetzt werden konnten und das gesetzte Ziel letztlich nur teilweise erfüllt wurde. Ein roter Status weist schliesslich darauf hin, dass das Jahresziel nicht

oder nur ansatzweise erreicht werden konnte. Selbstverständlich handelt es sich bei dieser Beurteilung um keine exakte Wissenschaft. Der Status basiert nach wie vor im Wesentlichen auf der subjektiven Einschätzung der zuständigen Verwaltungseinheit. Wir hoffen aber trotzdem, dass die angepasste Methodik und die neue Darstellungsform zu mehr Klarheit und Verständlichkeit beitragen werden.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Somit, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, ist Eintreten nicht bestritten und somit beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Dann kommen wir zur Detailberatung, zu Punkt 2 in der Rechnung auf Seite 21 bis Seite 60. Gibt es Bemerkungen oder Fragen zu den Seiten 21, 22 und 23? Herr Kommissionspräsident?

Detailberatung

Antrag KSS und Regierung

1. Die Erfolgskontrolle des Jahresprogrammes 2021 zur Kenntnis zu nehmen (Seiten 19 bis 60).

Michael (Castasegna); Kommissionspräsident: In qualità di presidente della Commissione sono intervenuto nell'introduzione dell'oggetto in materia e non interverrò più sulle singole posizioni.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Danke. Weitere Mitglieder der Kommission? Herr Regierungspräsident? Dann kommen wir zu den Entwicklungsschwerpunkten ab Seite 24 der Rechnung. Ich werde diese einzeln verlesen und jeweils zur Diskussion stellen. ES 1.1 Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung. Der Kommissionspräsident wünscht das Wort nicht mehr. Gibt es Wortmeldungen von weiteren Mitgliedern der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 1.2 Attraktiver Arbeitgeber. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 1.3 Solider Finanzhaushalt sichern. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Ja.

ES 1.3 Solider Finanzhaushalt sichern

Kohler: Das Jahresziel umfasst eine Überprüfung der Aufgaben und Leistungen des Kantons auf ihre Notwendigkeit, Wirksamkeit und Finanzierbarkeit. Die Arbeiten der Regierung sind mit der Festlegung der Projektorganisation einem Grob- und Detailkonzept recht weit fortgeschritten. Kann uns die Regierung einen Einblick in den Umsetzungsstand vermitteln? Die Zielsetzung der ALÜ ist eine Verbesserung der Qualität und die Effizienz der Leistungserfüllung. Allenfalls folgt auch ein Aufgaben-

verzicht, falls kein ausgewiesener Bedarf besteht. Die ALÜ soll also im Kern keine umfassende Sparmassnahme sein, so kann man es auch nachlesen. Nachher behandeln wir die Jahresrechnung 2021. Dort können wir feststellen, dass die Kosten für Aufträge an Dritte zugenommen haben. Meine beiden Fragen ergänzend zum Umsetzungsstand lauten wie folgt: Werden diese Leistungsvereinbarungen mit Dritten in der ALÜ auch hinterfragt? Was macht man selber? Was wird ausgelagert? Und wie kann verhindert werden, dass in Zeiten knapper Ressourcen die ALÜ als Grundlage für ein Sparpaket erhalten muss, und die Entwicklungen unseres vielfältigen Kantons beeinträchtigen könnte?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Mitglieder der Kommission, die sich zu Wort melden wollen? Allgemeine Diskussion? Frau Grossrätin Stiffler, Sie haben das Wort.

Stiffler: Ich möchte mich eigentlich dem Votum von meinem Vorredner Grossrat Kohler anschliessen. Er fragt nach dem Umsetzungsstand. Hätte ich auch gefragt. Ich möchte jetzt ergänzend, hätte ich gerne noch von der Regierung erfahren, ob es ganz allgemein erste Erkenntnisse gibt. Dann den aktuellen Zeitplan und allgemein das weitere Vorgehen.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Diskussion? Dann übergebe ich Regierungsrat Rathgeb das Wort zur Beantwortung der Fragen.

Regierungsrat Rathgeb: In Absprache mit dem Regierungspräsidenten gebe ich Ihnen gerne Auskunft zum Stand des Grossprojektes der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, das wir während der Corona-Pandemie vorübergehend zurückgestellt haben. Die Fragen lauten: Wo stehen wir? Wir haben die umfangreichen Fragestellungen den Dienststellen unterbreitet, wo umfangreich Fragen in Bezug auf Effizienz, auf Vorgehensweise, auf alternative Vorgehensweise, auf Priorisierungen etc. gestellt wurden. So, wie das auch bei der letzten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung erfolgt ist, damit wir eine Übersicht erhalten, wie die Aufgaben erfüllt werden, welche Aufgaben möglicherweise in jüngster Vergangenheit umstrukturiert wurden, sich ausgedehnt haben, in welcher Art und Weise sie erfüllt werden, dass wir Kenntnisse darüber erhalten. Gegenwärtig werden die Antworten ausgewertet. Es gibt Rücksprachen, um einen Gesamtüberblick erhalten zu können. Diese Arbeiten werden voraussichtlich bis im Herbst andauern. Dann sollten wir eine Gesamtübersicht und auch den Gesamtbericht über die ganze kantonale Verwaltung haben, und die Erkenntnisse aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung dann vorliegen zu haben, um da und dort die entsprechenden Massnahmen, gesamtheitliche oder punktuelle, fällen zu können. Das wird Sache der Regierung sein. Wir sind also, wie wir es angekündigt haben, jetzt voll in diesem Prozess.

Ich möchte darauf hinweisen, dass das für die betroffenen Dienststellen, nicht nur in den Geschäftsleitungen der Dienststellen, sondern auch bis auf Stufe der Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter auch mit einem entsprechenden Aufwand verbunden ist.

Nun, Grossrat Kohler hat gefragt: Werden auch Fragen in Bezug auf mögliche Auslagerungen angeschaut? Das ist so. Auch diesbezüglich erfolgt eine Überprüfung, beispielsweise auch bezüglich der Frage, ob eine mögliche Aufgabe durch die Gemeinden erfüllt werden könnte, ob sie anderweitig oder anders organisiert effizienter erfüllt werden könnte, also auch in Bezug auf Auslagerungen oder Übertragungen an andere Körperschaften oder Rückübertragungen oder Übertragungen an die Gemeinden. Das sind Fragen, die auch gestellt wurden und damit entsprechend ausgearbeitet werden.

Dann die zweite Frage von Herrn Grossrat Kohler, die lautet: Wie kann man verhindern, dass Ergebnisse der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung als Grundlage für ein entsprechendes Sparpaket dienen, allenfalls vielleicht auch mit negativen Auswirkungen für die Regionen? Man muss hier einmal vielleicht vorausschicken, dass die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ja nicht nur eine Aufgabe ist, die wir periodisch in der Grössenordnung alle zehn Jahre aufgrund, glaube ich, von Art. 76 der Kantonsverfassung durchführen. Sondern es ist eine permanente Aufgabe, und in jedem Departement und in jeder Dienststelle erfolgen solche Fragestellungen permanent, weil wir erhalten ja immer wieder neue Aufgaben, vor allem wegen übergeordneten Rechts oder durch Mengenausweitungen oder durch neue Fragestellungen, die sich ergeben. Und wir haben immer wieder die Frage zu stellen, wie diese Aufgaben erfüllt, allenfalls effizienter erfüllt werden können, um in der Verwaltung Spielraum zu generieren, den wir dann anderweitig, für eine neue Aufgabe beispielsweise, nutzen können. Wir kommen ja in Kürze noch auf diese Fragen etwas näher zu sprechen. Und damit ist es natürlich so, dass wir diese Aufgabe alle in einer gewissen Periodizität, jetzt sind es zehn Jahre her, gesamtkantonal über die gesamte Verwaltung vornehmen und darüber auch Bericht erstatten. Aber es sind natürlich Erkenntnisse, die in die Führung einfließen. Und ob irgendwann einmal Grundlagen, die hier erstellt wurden, auch wenn wir in einer schwierigen Situation sind, ein Sparpaket schnüren müssten, ein Entlastungsprogramm vorlegen müssten, ob wir dann das nicht verwenden, das wird dann die Frage sein, welche die Regierung zu diesem gegebenen Zeitpunkt zu entscheiden hat. Ich gehe davon aus, dass das nicht gerade demnächst ist. Die Finanzlage ist doch einigermaßen solide, wie Sie gesehen haben, wenn Sie die Rechnung studiert haben. Aber die Situation kann sich rasch ändern. Aber wenn es dann einmal so weit wäre, wir strukturelle Defizite haben, strukturelle Probleme haben, die dazu führen, dass wir ein Entlastungsprogramm schnüren müssten, das denke ich, wird doch noch etwas dauern, dann wird man aktuelle Grundlagen erarbeiten müssen, um ein solches Programm schnüren zu können. Ich glaube, dass diese Grundlagen dann auch wieder veraltet sind. Weil, noch einmal, wir sind jährlich daran, diese Effizienzsteigerungen vorzunehmen, diese Überprüfungen vorzunehmen. Und damit kann ich die Frage einfach so beantworten. Wir benötigen diese Grundlagen. Wir wollen mit diesen Grundlagen auch arbeiten. Wir wollen auch darüber in unserer Verwaltung respektive in der

Regierung Transparenz haben. Aber es ist nicht eine Absicht da, zu sagen, ah, dann haben wir hier gerade diejenigen Stellen, die dann in ein Entlastungsprogramm fliessen. Das braucht eine konkrete Führung und auch eine Priorisierung, wo wir wie stark entsprechend entlasten wollen. Und das ist jetzt nicht der Hintergrund der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung.

Zum Schluss möchte ich einfach sagen. Wir sind auf Hochtouren daran. Aber ich möchte Ihre Erwartungshaltung etwas dämpfen in Bezug auf die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, vor allem deshalb, weil wir auf der einen Seite immer wieder diese Überprüfungen machen, neue Aufgaben mit irgendwelchen Umstrukturierungen oder Ressourcenverschiebungen erfüllen müssen und auf der anderen Seite mit dem finanzpolitischen Richtwert 6 eine derart rigide Fessel haben in der Entwicklung, dass wir gezwungen sind, immer wieder personell intern Ressourcen zu verschieben. Und deshalb wird es kaum so sein, dass wir für die Entwicklungsschwerpunkte der Zukunft sehr viel freiere Ressourcen haben werden, die aus dieser Aufgaben- und Leistungsüberprüfungen fliessen werden.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Dann fahren wir mit der Beratung weiter und kommen zu Regierungsziel 2. ES 2.1 Kontinuierliches Risikomanagement im Bevölkerungsschutz. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 2.2 Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 2.3 Umsetzung Strategie Cybercrime Kantonspolizei. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 2.4 Kantonales Bedrohungsmanagement. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 3 Bildung und Forschung. ES 3.1 Ausbau der Kooperationen mit universitären Forschungsinstituten. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 3.2 Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungsstrategie. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 4 Standort und Wohnort. ES 4.1 Promotion des Arbeits- und Lebensraums Graubünden. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 5 Sprache und Kultur. ES 5.1 Die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nutzen und fördern. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 5.2 Die kulturelle Vielfalt sichtbar und nutzbar machen. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Oha, wen habe ich übersehen? Grossrat Wilhelm.

Wilhelm: Ich habe eigentlich keine Wortmeldung, aber die Mitteilung, dass wir ein Ziel oder mindestens einen

Entwicklungsschwerpunkt übersprungen haben, zu dem ich bereits eine Wortmeldung, nicht meinerseits, aber von Grossratsstellvertreterin Spadarotto, angekündigt hatte. Und es wäre nett, wenn sie ihr Votum halten dürfte.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Selbstverständlich werde ich sehr gerne darauf zurückkommen. Ich bin so verwundert gewesen, dass alles so schnell läuft, so im Schnellzugstempo. Dann habe ich gedacht, ich wäre dann schon im zweiten Gang, so im dritten Gang das weiterführen, aber allem Anschein nach ist das doch zu schnell. Gut. Dann komme ich zurück zu ES 4.2 Sportkoordination in den Gemeinden. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Jetzt, ES 4.3 Förderung der Familienfreundlichkeit. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Jetzt voilà, Frau Grossratsstellvertreterin, Sie haben das Wort.

ES 4.3 Förderung der Familienfreundlichkeit

Spadarotto: Ich freue mich, dass ich das Votum noch halten darf. Es wird wahrscheinlich mein letztes sein in diesem Rat. Wie ich schon an der letzten Junisession hier im Rat gesagt habe, bin ich zuerst einmal sehr erfreut darüber, dass es gemäss diesem Entwicklungsschwerpunkt vorwärts gehen soll im Kanton Graubünden. Als Stellenleiterin des kantonalen Verbands engagiere ich mich im Bereich der Kinderbetreuung und der frühen Förderung. Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung gehören zu einer zeitgemässen und familienfreundlichen Sozialpolitik. Krippenplätze müssen für die Erziehungsberechtigten zwingend günstiger werden. Wir haben gerade bei den Frauen eine grosse Zahl an gut ausgebildeten Fachkräften, die nicht oder nur in tiefen Pensien erwerbstätig sein können, weil bei uns Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen oder eben teuer sind. Ich sehe hier klar Potenzial für die Wirtschaft, würden die Tarife für die Erziehungsberechtigten sinken. Die Preise müssen für alle Eltern sinken. Die Wirtschaft braucht Arbeitskräfte in allen Segmenten. Gemäss formuliertem Ziel wird hier wohl etwas gehen. Ich bin zuversichtlich. Denn ein für alle offenes und bezahlbares Angebot schafft Chancengleichheit für die Kinder einerseits und effektive Gleichstellung von Mann und Frau andererseits. Was mir derzeit beinahe mehr Sorgen bereitet, ist der grosse Fachkräftemangel, welcher derzeit in der Branche selbst herrscht. Betroffen davon sind nicht ausschliesslich Bündner Krippen in peripheren Lagen, sondern auch Kitas in Chur. Eine grosse Krippe in Chur hat die Eltern gebeten, wenn immer möglich die Kinder am Morgen später zu bringen und am Abend wieder früher abzuholen. Reduzierte Öffnungszeiten also, um die Betreuung der Kinder sicherzustellen. Eine weitere Krippenleitung hat mich kürzlich angerufen und von einer möglichen Gruppenschliessung gesprochen. Dabei steigt die Nachfrage nach wie vor an. Jedes Jahr werden in den Bündner Krippen mehr Betreuungsstunden geleistet. Im letzten Jahr sind im Kanton knapp 3000 Kinder in

den Kitas betreut und erstmals über zwei Millionen Betreuungsstunden geleistet worden. Eindrücklich, finde ich. Eine grosse Arbeit, welche in den Institutionen von den Mitarbeiterinnen geleistet wird, oft leider nicht zu einem Lohn, den sie dafür verdient hätten. Gefragt sein werden hier weiter alle Seiten, die Politik natürlich und auch die Kitas selbst. Es benötigt Perspektiven für die Mitarbeiterinnen und attraktive Stellenbeschriebe. Die Betreuungsqualität der Kinder sollte uns allen ein Anliegen sein. Diese wird in erster Linie durch ausreichend und gut ausgebildetes Personal erreicht und kostet natürlich etwas. Dann vielleicht noch mein wohl letzter Wunsch von mir hier direkt im Rat. Ich wünsche mir ein wachsendes Verständnis für die familienergänzende Kinderbetreuung und mehr Wertschätzung für die Fachpersonen. Kitas sind massgebende Institutionen, in welchen beispielsweise die Sprachförderung sowie die soziale Integration stattfinden. Familienergänzende Kinderbetreuung ist zudem eine Notwendigkeit, damit unsere Wirtschaft vorangehen kann.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Wortmeldungen unter allgemeiner Diskussion? Herr Regierungspräsident? Nein? Gut. Regierungsziel 5 Sprache und Kultur. ES 5.1 Die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nutzen und fördern. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 5.1 Die kulturelle Vielfalt sichtbar und nutzbar machen. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 6 Gesundheit und Betreuung. ES 6.1 Mit integrierter Gesundheitsversorgung in die Zukunft. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 6.2 Help yourself und deinen Nächsten. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Wieland, Sie erhalten das Wort.

ES 6.2 Help yourself und deinen Nächsten

Wieland: Erlauben Sie mir eine Bemerkung zum Entwicklungsschwerpunkt 6.2 Help yourself und deinen Nächsten. Ich empfinde dieses Ziel als sehr ehrenhaft und erstrebenswert. Mit den Zielen der Stärkung der Gesundheitskompetenz, Information, Entlastung der Pflegenden stimme ich voll überein. Hingegen bei der Entschädigung der Angehörigen mahne ich zu Augenmass. Sind wir ehrlich: Die Pflege der Angehörigen ist nichts Neues, sondern eines des allerersten sozialen Verhaltens unserer Gesellschaft und ganz bestimmt von niemandem bestritten. Die Massnahmen im Regierungsprogramm, Entschädigung pflegender Angehöriger vor dem Eintritt des AHV-Alters, bitte ich Mass zu halten. Ich bitte die Regierung eindringlich, sich dabei vor allem auf Härtefälle zu konzentrieren. Die Pflegeaufgaben der Angehörigen oder anderer vertrauter Personen gehört wohl zu den edelsten Aufgaben, die unsere Kultur hervorgebracht hat. Es sollten meines Erachtens nicht monetäre Anreize geschaffen werden, die die Gesellschaft

und je nach Ausstattung und Gestaltung auch den Staat übermässig belasten. Ich wittere darin eine Gefahr, dass ein seit jeher gelebtes soziales Engagement unterwandert wird und nur noch auf Geld und Entschädigungen der Pflegeleistungen humanitäre Hilfeleistungen erbracht werden. Es würde mich freuen, wenn unter diesem Jahresziel vor allem Härtefälle gemildert werden und nicht mehr.

Holzinger-Loretz: Auch ich spreche diese zwei Punkte an. Erstens: Entlastung pflegender Angehöriger, und zweitens: die finanzielle Entschädigung. Sehr viele pflegen und betreuen ihre kranken Angehörigen zuhause, und das ist ein immens grosser Einsatz und eine riesengrosse Aufgabe, die da erfüllt wird, und zwar sieben Tage à 24 Stunden. Ich meine, der Fokus und die erste Priorität soll unbedingt und zwingend auf der Entlastung liegen. Es müssen attraktive Rahmenbedingungen für Pflegende und betreuende Angehörige geschaffen werden. Der Fokus sollte dringend auf niederschwellige und bezahlbare Entlastungsangebote gesetzt werden. Finanzielle Entschädigung soll nicht im Vordergrund stehen. Es ist sowieso sehr schwierig bei der finanziellen Entschädigung. Welches Mass und wie viel ist angemessen? Knüpfen wir die finanzielle Entschädigung an Qualität? Und wer soll das überprüfen? Ich meine, die Entlastung sollte viel mehr im Vordergrund stehen als die finanzielle Entschädigung. Entlastung ist zwingend notwendig, damit die pflegenden und betreuenden Angehörigen keine Überbelastung haben. Überforderung belastet die pflegenden Angehörigen und die dadurch entstehenden Emotionen und Reaktionen können sich sehr negativ auf die zu Pflegenden auswirken. Wir dürfen die Augen vor diesen Tatsachen nicht verschliessen. Grund zur Pflege von Angehörigen sollen und dürfen auf keinen Fall finanzielle Aspekte sein. Wir dürfen keine falschen Anreize erarbeiten und setzen, sondern wirklich die Beratung, die Unterstützung und die Entlastung ausbauen und in den Vordergrund stellen.

Kasper: Meine Vorredner und Vorrednerin, haben schon einiges gesagt. Ich habe nur noch eine kleine Ergänzung. Möglicherweise begehen wir einen falschen Weg. Wenn dann die Analyse, die Kostenfolgen herauskommen, in welchem dieses Anliegen eigentlich gar nicht finanzierbar ist, wird es dann, kann es zu falschen Erkenntnissen führen. Möglicherweise werden falsche Hoffnungen geweckt, und die aufkeimenden Hoffnungen können dann schlussendlich nicht finanziert werden. Und jedes Jahr, dass jetzt verstreicht, bis diese Analyse da ist, keimen noch mehr Hoffnungen auf, dass dann das irgendwann bezahlt wird. Aber ich habe grosse Bedenken, dass das für unseren Kanton viel zu teuer wird. Und deswegen wäre es sehr gut, wenn diese Analyse rasch gemacht würde, damit man dann entscheiden könnte, wo wirklich geholfen werden kann und auch finanzierbar ist.

Rutishauser: Ich habe jetzt kein Votum vorbereitet, aber diese geballte Energie, die auch von der FDP zu diesem Punkt oder dieser Unmut, der da offenbar entstanden ist, der verlangt doch eine Erwiderung. Ich verstehe die Argumente, schliesse mich auch den Äusserungen von

Grossrätin Holzinger-Loretz vollkommen an. Ich denke aber, es ergänzt sich. Ja, natürlich benötigen die Angehörigen auch Entlastungsangebote, und sie benötigen auch gute Beratungsangebote. Aber dennoch, es gibt immer mehr pflegende Angehörige, also wir sind ja auch froh um diese, die übernehmen. Man hat diese Kosten mal ausgerechnet, einen immensen Betrag, der da erbracht wird, eine Entlastung für unser Gesundheitswesen, und man setzt ja nun auch auf deren Unterstützung. Und deswegen braucht es zwingend auch eine finanzielle Entschädigung, weil viele davon ja ihr Arbeitspensum allenfalls einschränken oder gar ganz aufgeben, um zuhause die Angehörigen zu betreuen oder zu pflegen. Es gibt auch Spitexen mittlerweile, die stellen sogar Angehörige an, also dann braucht man mindestens einen Rotkreuzkurs und dann kann man über die Spitex auch Leistung abholen. Aber es ist für mich sehr wichtig, also wenn man diese Leistung erbringt, dass man auch dafür entschädigt wird und nicht dies nur als ehrenvolle Aufgabe sieht.

Rettich: Ja, mir geht es gleich wie Kollegin Rutishauser. Ich habe auch nichts vorbereitet, und ich möchte auch keine riesige Diskussion vom Zaun treten. Aber ich möchte schon dagegen halten, wenn ich hier höre, dass die Pflege von Angehörigen im hohen Alter zwar ein Fulltime-Job ist, aber dies nicht entschädigt werden soll. Denn rein aus finanzieller Sicht finde ich auch, ist das Nonsense. Heute haben wir ganz, ganz viele Leute, die entweder stationär gepflegt werden im Alter oder eben ambulant durch Fachpersonen, und das ist teuer. Das kostet unglaublich viel Geld, und das weiss ich aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung. Und da bin ich überzeugt, wenn wir die Leute zuhause entschädigen dafür, dass sie eben nicht arbeiten können, dass sie sich die Zeit nehmen für ihre Angehörigen, dass wir auch unglaublich viel Geld sparen können. Und wir sprechen hier nicht von einer Luxusentlohnung, vor der sie mahnen. Wir sprechen hier von einer angemessenen finanziellen Entlastung. Und wenn Sie den Appell an die Regierung setzen, dass da mit Augenmass hingeschaut werden soll, dann möchte ich diesen Appell auch setzen, aber ich möchte den Appell setzen, dass man auch in die andere Richtung schauen soll und angemessene finanzielle Entschädigung schaffen soll.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Wünscht die Regierungsbank das Wort? Nein. Habt ihr euch zu Ende beraten? Gut. Keine Wortmeldungen? Dann kommen wir zu ES 6.3 Erfolgreiche Leistungserbringer im Gesundheitstourismus. Grossrätin Noi-Togni?

6.1 Mit integrierter Gesundheitsversorgung in die Zukunft

Noi-Togni: Scusi signor vicepresidente, è andato un po' troppo in fretta. Allora, io ho qualcosa sul 6.1. Jahresziel 6.1. Kann man zurückkommen, wir sind jetzt bei 6.2?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Jetzt wären wir bei 6.3, ja. Wollen Sie nochmal zurück zu 6.1?

Noi-Togni: Ist das möglich?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Ja, bitte.

Noi-Togni: Danke. Also ich spreche zur Jahreszielanalyse der Ausgangssituation und Definition der künftigen Ausgestaltung des Rettungswesens im Kanton Graubünden und der Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten. Il Governo sa che nel Moesano abbiamo un problema medico d'urgenza, tra l'altro per la copertura del picchetto medico di servizio. Il Governo è intenzionato a risolvere questo problema e io lo ringrazio. Con lettera del 24 maggio alla Regione il Governo dichiara che l'Ufficio della sanità è stato incaricato di analizzare la situazione in generale e che si procederà con un gruppo di lavoro che comprenderà le parti interessate dal problema. Allora, la mia domanda. Das ist sehr gut, bin ich einverstanden. Aber wie lange wird das dauern mit der Arbeitsgruppe usw.? Weil das Problem ist ziemlich dringlich.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Wünscht die Regierungsbank, diese Frage zu beantworten? Regierungsrat Peyer, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Peyer: Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wie lange das dauern wird. Fakt ist, dass wir die Rettungscommission aufgehoben haben und dass wir nun eine Arbeitsgruppe einsetzen und dass wir die Situation der Rettung im ganzen Kanton überprüfen werden. Die Herausforderung kennen Sie alle. Es fehlt uns an Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitätern, es fehlt uns zunehmend an Hausärztinnen und Hausärzten. Und auf der anderen Seite ist es einfach so, dass die Rettung im wesentlichen Teil in dem Verantwortungsbereich der Spitäler liegt. Aber wir wollen alle Interessierten an einen Tisch bringen und schauen, wie wir die Rettung optimal im Kanton Graubünden aufstellen, so dass sie auch unter erschwerten Bedingungen und mit weniger Fachpersonal zeitgerecht und im ganzen Kanton flächendeckend aufgestellt werden kann. Wie lange das genau dauert, ob wir allenfalls auch neue gesetzliche Grundlagen brauchen wie z. B. ein Rettungsgesetz, das kann ich Ihnen heute noch nicht sagen, weil die Arbeiten erst gestartet sind. Aber es ist uns klar, dass wir hier zügig vorangehen müssen, weil die Rettung ein zentrales Thema ist.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Dann fahren wir jetzt weiter mit ES 6.3 Erfolgreiche Leistungserbringer im Gesundheitstourismus. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 7 Mobilität. ES 7.1 Attraktive und koordinierte Mobilität. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 7.2 Angebotsausbau auf den wichtigsten ÖV-Linien im Kanton. Herr Kommissi-

onspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Kohler, Sie haben das Wort.

ES 7.2 Angebotsausbau auf den wichtigsten ÖV-Linien im Kanton

Kohler: Ich habe eine allgemeine Fragestellung. Der Fahrplanwechsel 2023, also Dezember 2022, bringt auf einigen Linien einen attraktiven Ausbau des ÖVs mit sich, z. B. Halbstundentakt nach Zürich an den Wochenenden, Feiertagen, RegioExpress-Linien der RhB, zusätzliche Fahrplankonzepte, neue Linienerschliessungen der Randregionen zu Randzeiten. Die Finanzierung der Fahrplananpassung von Dezember 2022 ist derzeit mindestens gemäss Mitteilung des AEV noch nicht gesichert. Meine Frage: Wie sehen die Erfolgsaussichten für eine Einführung, erfolgreiche Einführung aus?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Wer wünscht die Frage seitens der Regierung zu beantworten? Regierungsrat Cavigelli, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Wir haben das Thema mehrfach auch mit Bezug auf einzelne Linien besprochen. Insbesondere auch auf Linien im Gebiet Mittelbünden, damals auf Frage hin von Grossrat Reto Cramer. Wir haben dort festgestellt, dass wir erhebliche Mehrkosten zu verzeichnen hatten als Folge von COVID-19 auf der einen Seite, auf der anderen Seite ganz erhebliche Einnahmeausfälle auch zu verzeichnen hatten, Ertragseinbussen wegen einfach geringerer Nutzung des ÖVs. Es hat sich aber gezeigt, dass der ÖV nun wieder deutlich stärker nachgefragt wird, als man es hätte erahnen können. Die Zuwachsraten sind recht erfreulich. Sie liegen aber immer noch deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau. Wir würden es wagen, die Angebote, die wir damals coronabedingt zurückgestellt haben, auf Dezember 2022 nun fixzustellen, wenn sich in den nächsten wenigen Wochen dieser Trend, wie er sich jüngst aufgezeigt hat, bestätigt. Eine definitive Entscheidung ist allerdings noch nicht gefällt.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Regierungsziel 8 Green Deal, Klima - Energie und Naturgefahren. ES 8.1 Verbesserter Schutz vor Naturgefahren. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Della Vedova, Sie haben das Wort.

ES 8.1 Verbesserter Schutz vor Naturgefahren

Della Vedova: Erlauben Sie mir, einige Fragen zum Thema ES 8.1 Verbesserter Schutz vor Naturgefahren zu stellen. Der Klimawandel führt unter anderem zu einer erheblichen Erhöhung der Temperaturen im Alpenraum. Als bereits jetzt sichtbare Konsequenz muss davon ausgegangen werden, dass die Höhenlage der Wälder sich weiterhin erhöhen wird. Dies wird mittel- bis langfristig als mögliche positive Konsequenz das Potenzial an zur

Verfügung stehendem Holz als wichtiger und wertvoller Rohstoff erhöhen, andererseits aber, als mögliche negative Konsequenz, die Flächen der Weiden reduzieren mit potenziell erheblichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Die wahren Folgen für die anthropologischen Aktivitäten in unserem Kanton dieses wahrscheinlichen Szenarios können nur mit einer interdisziplinären Zusammenarbeit der verschiedenen dazu involvierten Ämtern vorgesehen beziehungsweise gemeistert werden. In diesem Zusammenhang nun meine Fragen an die Regierung. Erstens: Wie eng arbeiten derzeit das Amt für Wald- und Naturgefahren, das Amt für Landwirtschaft und Geoinformationen, das Amt für Natur und Umwelt sowie das Amt für Wirtschaft und Tourismus zusammen? Zweitens: Gibt es schon Analysen betreffend die wirtschaftlichen Risiken und Chancen für die lokale Holz- beziehungsweise Landwirtschaft bei der Erhöhung der Höhenlage der Wälder in unserem Kanton? Und drittens: Wenn nicht, sieht die Regierung überhaupt die Notwendigkeit einer solchen umfassenden Analyse? Und wenn ja, wie gedenkt sie vorzugehen?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Kommissionsmitglieder? Allgemeine Diskussion? Seitens der Regierungsbank, wer wird das beantworten? Regierungsrat Cavigelli? Sie haben das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Eine sehr spannende Frage, geschätzte Damen Grossrätinnen, Herren Grossräte, aber eine schwierige Antwort respektive ich kann Ihnen keine fixe Antwort geben. Es ist in der Tat so, dass die Waldkulturen sich erheblich verändern werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Wir gehen davon aus, dass sich die Höhenquote für eine Baumart um etwa 500 Meter nach oben verschieben wird. Das bedeutet also, dass wir eine Baumart, die heute auf 600 Metern günstige Lebensbedingungen vorfindet in einem Durchschnittslebensraum, dass die dann künftig hin auf 1100 Metern zu finden ist. Damit haben wir eine Herausforderung.

Was passiert dann in diesen Bereichen unterhalb dieser künftigen Höhenquote? Das braucht neue, in Anführungszeichen, klimafitte Bäume. Man ist zurzeit damit befasst, diese Baumkulturen, diese Durchmischung von Wäldern neu aufzugleisen, neu anzudenken und letztlich auch zu realisieren. Zu beschleunigen, sagt man vielleicht auch, anthropologisch beschleunigen, weil die Natur hier langsamer wäre als der Klimawandel voranschreitet.

Was bedeutet das mit Blick auf die Weiden? Schwierige Frage. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob das einen unmittelbaren Zusammenhang hat. Ich sehe den jetzt gerade spontan nicht, weil ich die Frage auch nicht gekannt habe. Was wir eher häufig problematisch finden, ist, dass wir Weidegebiete haben, die letztlich landwirtschaftlich interessanterweise nicht mehr bewirtschaftet werden können und deshalb einwachsen. Das sind dann halt Erlen, Haselstauden und dergleichen, die die ehemaligen, in Anführungszeichen, Weidefläche verkleinern, weil es nicht mehr attraktiv ist, diese zu bewirtschaften. Es hat aus meinem Verständnis, mindestens tagesgeschäftlichen

Verständnis, nicht direkt mit dem Klimawandel zu tun, sondern eher mit anderen Faktoren, der Attraktivität der Weidewirtschaft, letztlich mehr jetzt in jüngster Zeit auch diskutiert worden im Zusammenhang mit Grossraubtieren und entsprechenden Themen. Wenn es darum geht, die Zusammenarbeit sicherzustellen zwischen AWN und weiteren Fachstellen, so kann ich nur bestätigen, dass wir hier engste Zusammenarbeitsformen haben. Insbesondere hat schon zu Zeiten von Martin Jäger, Regierungsrat, die Aufsetzung einer Klimastrategie stattgefunden. Es hat dort einen Klimaausschuss gegeben. In diesem Klimaausschuss sind alle Fachstellen beteiligt, die letztlich mit dem Klimathema in erster Linie zu tun haben. Sie wird geleitet vom jeweiligen Vorsteher des EKUD, zurzeit von Jon Domenic Parolini. Ich bin in diesem Ausschuss als DIEM-Vorsteher mit dabei. Dort ist das AWN mit dabei, dort ist das ANU mit dabei, das das Sekretariat führt, auch das AEV ist dort mit dabei. Und letztlich gibt es ein Monitoring über sämtliche Fachstellen, die in irgendeiner Weise durch die Themen Klimaerwärmung mitbetroffen sind. Und da ist die Landwirtschaft auch beispielsweise mit ganz anderen Themen involviert, als nur mit dem Verlust von Flächen, z. B. auch mit der Erwärmung und der grösseren Schwierigkeit, bei Trockenperioden zu Wasser zu gelangen und weitere Themen. Also der Fächer ist enorm gross. Und mit Blick auf Verlust von Weideflächen muss ich ganz ehrlich sagen, trotz vieler Jahre bin ich damit jetzt noch nie konfrontiert worden. Die Analyse, das kann ich sicher abschliessend festhalten, sie wird gemacht und eben gerade im Rahmen der Klimastrategie, Klimaausschuss, Klimaforum sehr breit und mit zahlreichen, mehreren Dienststellen noch dazu als diejenigen, die Sie jetzt gerade aufgezählt haben. Also ich kann Ihnen versichern, dass wir hier sehr aufmerksam unterwegs sind, allerdings auch viele Unsicherheiten haben, weil wir das Thema einfach auch noch nicht richtig begreifen in allen Bereichen.

Regierungspräsident Caduff: Ja, ich kann nur kurz aus landwirtschaftlicher Sicht ergänzen und auf Entwicklungsschwerpunkt 8.3 verweisen. Die Landwirtschaft setzt sich intensiv mit dem Thema auseinander. Da geht es auch um die Frage: Wie kann die Wasserspeicherkapazität der Böden gesteigert werden? Das Thema der Flächen hat Regierungskollege Cavigelli bereits ausgeführt. Das grösste Problem ist derzeit nicht im Klimawandel zu sehen, sondern, dass gewisse Flächen nicht mehr bewirtschaftet werden und damit verwuchern, verbuschen. Das ist bekannt.

Ich möchte noch einen Hinweis machen auf die Zusammenarbeit unter den Ämtern und da auf das Forschungszentrum CERC in Davos hinweisen. Es ist ein Forschungszentrum der ETH und des Kantons Graubünden, initiiert vom Kanton Graubünden, mitfinanziert vom Kanton Graubünden, und da vertreten sowohl AWN, ANU wie auch AWT und ALG die Interessen. Dort beschäftigt man sich mit folgenden Forschungsschwerpunkten: Das sind Wetter- und Klimaextreme im Alpenraum, Permafrost, Fernerkundung, Früherkennung und Warnung alpiner Massenbewegungen, Gebirgsökologie und Schutzwald. Also auch im Thema Wald wird

dort prominent geforscht von zwei Professuren, welche im Übrigen in Davos angesiedelt sind, die wirklich in Davos sind, aber auch an der ETH unterrichten oder Vorlesungen geben. Und es geht auch um Risikomanagement, Risikokommunikation und Resilienz. Also dort findet die Zusammenarbeit statt zwischen den erwähnten Dienststellen, zwischen den erwähnten Departementen, aber gemeinsam mit der ETH, mit der WSL und mit dem SLF. Also das Thema ist dort sehr prominent aufgehängt und auch sehr stark vom Kanton Graubünden unterstützt, nämlich mit zwei Millionen Franken jährlich. Das als Ergänzung zu den Ausführungen von Regierungsrat Caviezel.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): ES 8.2 Ausbau erneuerbarer Energien. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Kohler, Sie haben das Wort.

ES 8.2 Ausbau erneuerbarer Energien

Kohler: Ich bringe meine letzte Frage ein zur Erhöhung der Speicherkapazitäten für Elektrizität. Und in diesem Zusammenhang lege ich meine Interessensbindung offen: Ich bin Verwaltungsrat der Rhienergie AG. Die Rhienergie AG hat eine Potenzialstudie für eine nachhaltige Mobilität mit schweren Fahrzeugen ausgearbeitet. Und ein baureifes Projekt für die Produktion von Wasserstoff liegt in Reichenau beim Kraftwerk Reichenau vor. Dabei wurden auch Anfragen für das Sprechen von Förderbeiträgen gestellt. Das AEV teilt mit, dass die gesetzliche Grundlage zur Förderung für Wasserstoff fehlt, weshalb auch keine Förderbeiträge an Pionieranlagen gesprochen werden können. Das AEV weist auf den Green Deal hin. Deshalb meine Frage: Kann eine Pionieranlage Wasserstoff unter dem Titel Green Deal in Zukunft gefördert werden?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Regierungsrat Parolini, Sie haben das Wort.

Regierungsrat Parolini: Die von Grossrat Kohler gestellte Frage oder vorgebrachte Problematik ist erkannt und wurde bereits im Aktionsplan Green Deal entsprechend verortet unter den Massnahmen KSI 1.1 in Verbindung mit KSE 1.1 in der Botschaft Aktionsplan Green Deal. Im Rahmen von AGD Etappe II sollen dann auch die rechtlichen Grundlagen für die Anschubfinanzierung von Pilotanlagen geschaffen werden, welche die Erreichung der vom Grossen Rat im Herbst 2021 festgelegten Klimaziele unterstützen. Mögliche Lösungen wurden bereits mit dem Amt für Energie und Verkehr skizziert. Der Zeitplan sieht eine Eröffnung der Vernehmlassung über die Gesetzesanpassungen für AGD Etappe II im Herbst 2023 vor. Unter Umständen sind für die Förderung von Pilotanlagen nur geringfügige beziehungsweise wenig bestrittene Anpassungen oder Ergänzungen bestehender Gesetzesartikel notwendig. Diese könnten, sofern aufgrund der Vernehmlassung eine Etappierung nötig würde, voraussichtlich in einer vorgezogenen Etappe, Etap-

pe IIa, ab Ende 2024 dem Grossen Rat zum Beschluss vorgelegt werden. Wenn dann für Massnahmen eine Etappe IIa die gesetzlichen Grundlagen zum Klimafonds sowie deren Finanzierungsinstrumente noch nicht anwendbar sein sollten, wird für die Anschubfinanzierung von innovativen Projekten möglicherweise ein weiterer Verpflichtungskredit notwendig sein. Das heisst, ein Gesetzesprozess muss nicht mehr angestossen werden, da dessen Vorbereitung bereits läuft. Hingegen wäre die Unterstützung zum Gewinnen einer tragfähigen politischen Mehrheit für einen zweiten Verpflichtungskredit gefragt, welcher übrigens wahrscheinlich auch für die lückenlose Weiterführung der Zusatzfinanzierung des Gebäudeprogramms ab Ende 2024 bis zur Ablösung durch den Klimafonds nötig sein wird.

Wilhelm: Ich möchte eigentlich das Votum von Kollege Kohler aufnehmen. Und ich finde, das sind Themen, die passen zu dem, was ich einleitend gesagt habe. Das sind Themen, da müssen wir schneller vorwärtskommen als mit dem Fahrplan, der eben skizziert wurde. Ich finde das keine gute Perspektive, wenn wir dann Ende 2024 einmal wissen, ob wir irgendwie Wasserstoffgeschichten da dilatieren können. Das muss irgendwie schneller gehen. Da müssen wir Wege finden, da müsste die Regierung Wege finden. Ich weiss, der Prozess ist ja angestossen, aber es wäre wichtig, für solche Themen Wege zu finden, wie man schneller zu Pilotversuchen kommt.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Wünscht die Regierungsbank nochmal das Wort? ES 8.3 Klimaschutz in der Landwirtschaft. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 9 Landschaft und Biodiversität. ES 9.1 Biodiversitätsstrategie Graubünden. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 9.2 Verbesserung der landwirtschaftlichen Wertschöpfung in einer intakten Kulturlandschaft. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 10 Innovation und Diversifizierung. ES 10.1 Steigerung der Innovationskraft. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? ES 10.2 Diversifizierung im Tourismus. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 11 Entwicklung der (Rand-)Regionen. ES 11.1 Regionale Strategiefähigkeit stärken. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Regierungsziel 12 Digitale Transformation. ES 12.1 Förderung der digitalen Transformation: Wirtschaft und Standort. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Mittner, Sie haben das Wort.

ES 12.2 Förderung der digitalen Transformation: Bildung

Mittner: Im Speziellen möchte ich hier über den Verein GRdigital kurz meine Sicht reflektieren, zuerst festhalten, dass in der Jahresrechnung 2021 ein Beitrag für Aufbauphasen für den Verein von 252 000 Franken ausbezahlt wurde. Im Weiteren wurden Entnahmen aus Vorfinanzierungen von 1 047 000 Franken bereits auch ausbezahlt. Budgetiert war dort 6 000 800 Franken. Zwei Projekte sind von der Regierung aus Dringlichkeitsgründen genehmigt worden, ohne dass diese das System und die Kriterien des Vereins durchlaufen haben. Das erste Projekt für die Fachhochschule Graubünden mit maximal 2,8 Millionen Franken für einen Bachelor-Studiengang, sie werden dort ausgebildet als Expertinnen und Experten, die die neuesten Verfahren, Instrumente und Technologien beherrschen, um die Daten enthaltenen Informationen richtig zu verwenden. Das zweite Projekt Vendita 21, maximal 1,6 Millionen Franken Investitionskosten, maximal 2,1 Millionen Betriebskosten auf fünf Jahre gesprochen für die Bus und Service AG. Ich zitiere den Geschäftsbericht 2020 der Bus und Service AG: «Vendita 21, Innovation und Digitalisierung haben viele Facetten, unter anderem im Vertrieb. Unser aktuelles Verkaufssystem ist bald am Ende seines Lebenszyklus angelangt. Deshalb haben wir bereits 2019 das Projekt Vendita 21 gestartet. Es umfasst ein neues Vertriebssystem, welches gleichzeitig besser an die nationale Ticketing Plattform NOVA angeschlossen wird.» Nun, der Verein wurde ja im 2021 gegründet. Der Vorstand hat während der Zeit 2021 diverse Vorarbeiten für die Organisation und Struktur geleistet wie z. B. Entschädigungsreglement, Good Governance-Reglement, den Vereinsvorstand konstituiert, die Mitglieder des Fachrats gewählt. Und hier können Sie sich übrigens auch noch anmelden. Es braucht noch mehr Fachräte. Jetzt, der Verein hat einen Geschäftsführer eingestellt und eine Mitarbeiterin. Und anlässlich der Generalversammlung vom 9. Mai 2022 auch ein Anliegen des Grossen Rates eingebracht: Eine Person aus italienisch sprechendem Gebiet sei in den Vorstand zu wählen. Dem wurde auch entsprochen. Dieser Verein hat ein Kostenbudget von rund 500 000 Franken. Sie können das hochrechnen bis 2030, so lange geht das Gesetz ja, wird der Kanton also jedes Jahr rund 500 000 Franken seiner Leistungsvereinbarung sprechen. Nochmals: Zweck und Ziel des Gesetzes ist, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts Graubünden zu steigern, den Wohn- und Wirtschaftsstandort Graubünden attraktiv zu gestalten oder zusätzliche Wertschöpfungspotenziale in Graubünden zu erschliessen. Ich erwarte und hoffe stark, dass bei zukünftigen Beschlüssen der Regierung zu Projekten aus dem Verein GRdigital auch Projekte aus der freien Wirtschaft unterstützt werden. Bis jetzt sind es nur staatsnahe Betriebe, die bereits zur überwiegenden Teilen aus Geldern der öffentlichen Hand leben. Zum Schluss noch den Hinweis: Es ist unschön, wenn bereits früher erarbeitete Projekte, deren Finanzierung grundsätzlich stehen müsste, jetzt über diesen Topf finanziert werden.

Stiffler: Ich habe noch ergänzend zu den Fragen meines Vorredners auch noch ein paar Punkte. Mir macht vor allem das Tempo Bewilligungsprozess Sorgen. Die Wartezeit ist sehr teuer, und wir haben hier Opportunitätskosten. Also wenn Unternehmen heute ein Projekt eingeben und monatelang, wenn nicht sogar vielleicht ein Jahr, warten müssen, dann sind diese vielleicht weg. Und das sind Opportunitätskosten, die richtig teuer sind, das sind verpasste Chancen. Das ist sehr, sehr schade. Und aus diesem Grund möchte ich einfach die Frage an Sie richten, ob es aus Ihrer Sicht, aus Ihren ersten Erfahrungen einfach Korrekturen braucht im Ganzen. Das ist meine erste Frage. Dann würde ich gerne wissen, insgesamt wie viele Gesuche eingereicht worden sind an Zahlen, wie viele davon bewilligt an Zahlen und in Franken, wenn das irgendwie möglich ist, heute zu erfahren.

Regierungspräsident Caduff: Grossrätin Stiffler hat die Fragen vorgängig eingereicht, damit kann ich die gewünschten Zahlen auch geben. Ich kann natürlich nicht sagen, welche Projekte, möchte aber vielleicht da anfangen. Es wurde von Grossrat Mittner zurecht darauf hingewiesen: Der Verein wurde im Mai 2021 gegründet. Der Vorstand hat sich dann an die Arbeit gemacht, hat vor allem ein Förderleitbild, Förderkriterien gemeinsam mit der Regierung erarbeitet, damit man auch ein Raster hat, damit man auch weiss, nach welchen Kriterien beurteilt werden soll. Dann wurden verschiedene Gesuchseinreichungsformulare auf der Webseite eingerichtet usw. Es wurden erste Geschäfte geprüft. Es wurde die Geschäftsstelle eingesetzt, zuerst ausgeschrieben und dann eingesetzt. Es wurde der Fachrat installiert und so weiter, und so fort. Es waren wirklich die organisatorischen Aufgaben, die Aufgaben zur Gründung des Vereins. Es hat in der Tat mehr Zeit in Anspruch genommen, als wir gewünscht hatten. Wir haben einen Rückstand, sage ich, von sechs Monaten bis einem Jahr. Das auch zum Teil pandemiebedingt, weil der Mitarbeiter, der das Ganze betreut, auch die Härtefälle betreut hat, und so hatten wir einen gewissen Rückstand. Stand jetzt wurden 32 Gesuche eingereicht, aufgrund der Rückmeldung, des Gesprächs mit dem Verein, wurden acht davon zurückgezogen. 20 sind derzeit in Bearbeitung bei der Geschäftsstelle von GRdigital, elf davon in der Eingangsprüfung, neun in Überarbeitung beim Gesuchsteller. Von den anderen vier wurden zwei in der Zwischenzeit vom Fachrat beurteilt, die sind derzeit bei den entsprechenden Dienststellen. Also die wurden vor zwei Wochen, soviel ich weiss, drei Wochen, vom Fachrat verabschiedet. Die entsprechenden Berichte sind in den Fachstellen, sollten in den kommenden Wochen, also noch vor den Sommerferien, von der Regierung bearbeitet werden und zwei weitere Gesuche sind derzeit beim Fachrat in Beurteilung, wurden aber noch nicht vom Fachrat behandelt. Es wurde auch gesagt, der Fachrat bestehe derzeit, so viel ich weiss, aus vier Personen. Dort sucht man noch weitere Personen. Gefördert wurden bisher zwei. Die wurden genannt. Auch die entsprechenden Summen wurden bereits genannt.

Es wurde hingewiesen, ich weiss nicht, ob ich es jetzt als Kritik interpretieren muss, auf die Kosten für die Admi-

nistration. Da verweise ich wirklich auch auf die Botschaft. Es wurde auf der Seite 1016 was folgt ausgeführt: «Es wird mit jährlichen Kosten um eine halbe Million Franken zu rechnen sein. Bei einer Laufzeit von zehn Jahren werden die Kosten somit etwa 10 bis 15 Prozent des zur Verfügung stehenden Kredits ausmachen.» Das haben wir dort transparent ausgewiesen. Das haben wir hier diskutiert. Ich erinnere mich auch an einen Antrag von Grossrat Koch, welcher das auf 15 Prozent begrenzen wollte, der wurde abgelehnt. Wir werden aber nicht diese 15 Prozent überschreiten. Wir sind jetzt bei dieser halben Million Franken in etwa pro Jahr, also auf zehn Jahre werden das fünf Millionen Franken sein. Man rechne 5 Millionen Franken von 40 Millionen Franken ist genau in dieser Spannbreite zwischen 10 und 15 Prozent des Gesamtkredits, über den wir gesprochen haben dazumal. Ich hoffe wirklich, jetzt mit der Installation des Fachrats, mit der Geschäftsstelle, dass die Wartezeiten, da gebe ich Recht, die Wartezeiten waren jetzt zu lang. Das hat aber auch damit zu tun, dass wir warten wollten, bis der Fachrat installiert ist, bis der Verein die Aufgabe übernehmen kann, bis die Geschäftsstelle soweit ist. Und jetzt ist wirklich die Idee, dass die genannten noch 24 oder 20 pendenten Gesuche bearbeitet werden können, damit wir hier möglichst schnell zu Entscheidungen kommen können. Ich hoffe, ich konnte die Fragen beantworten, sonst bitte ich um Nachfragen.

Caviezel (Chur): ES 12.2 Förderung der digitalen Transformation: Bildung. Herr Kommissionspräsident? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungspräsident? Damit sind wir am Schluss der Diskussion angelangt. Wir haben von der Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2021 Kenntnis genommen.

Beschluss

1. Der Grosse Rat nimmt von der Erfolgskontrolle des Jahresprogramms 2021 (Seiten 19 bis 60) Kenntnis.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Herr Kommissionspräsident, wünschen Sie ein Schlusswort?

Michael (Castasegna); Kommissionspräsident: Sarò molto breve. Vorrei ringraziare il presidente del Governo e i suoi collaboratori della Cancelleria che durante la riunione della Commissione sono stati molto esaurienti e ci hanno dato una serie di informazioni utili a comprendere l'andamento del Governo e dell'Amministrazione cantonale. Un grazie alla collaborazione e al sostegno dei membri della Commissione e un arrivederci alla prossima fase di programma.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Dann kommen wir zum Fraktionsauftrag der BDP betreffend Stellenschaffungsstopp. Ich möchte nach Möglichkeit vor der Pause noch die Eintretensdebatte abschliessen, damit wir danach dann in die Detailberatung einsteigen können. Das Geschäft wurde vorberaten von der GPK, und ich erteile der GPK-Präsidentin Silvia Hoffmann das Wort für die Eintretensdebatte. Frau Grossrätin, Sie haben das Wort.

Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp vom 9. Dezember 2020

Eintreten

Antrag GPK und Regierung

Eintreten

Hofmann; GPK-Präsidentin: Dann hoffe ich, dass ich die Aufmerksamkeit noch erhalte, bevor die Pause beginnt. Die Geschäftsprüfungskommission hat zusammen mit der Jahresrechnung 2021 auch den zusätzlich in der Botschaft enthaltenen Bericht der Regierung zu dem vom Grossen Rat angepassten Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp vorberaten. Der Grosse Rat hatte die Regierung beauftragt, ihm bis spätestens zur Junisession 2022 Entscheidungsgrundlagen zu unterbreiten, wie ein Stellenschaffungsstopp bis Ende 2025 umgesetzt werden soll. Die Vorberatung des Berichts der Regierung durch die GPK erfolgte im Beisein des Vorstehers des Departementes für Finanzen und Gemeinden. Im Bericht werden die Grundlagen zur Steuerung des Lohnaufwands, die Einhaltung des finanzpolitischen Richtwerts Nr. 6, die seit Februar 2020 eingetretenen Veränderungen im finanziellen Umfeld, insbesondere durch die COVID-19-Pandemie sowie die bisherige und künftige Entwicklung des Personalaufwands und der Stellenschaffungen beschrieben. Die Regierung kommt zum Schluss, dass sich ein rigoroser Stellenschaffungsstopp angesichts der vorgenommenen Bedarfserhebungen bis ins Jahr 2025 nicht umsetzen lässt. Sie beantragt daher dem Grossen Rat, den Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp im Rahmen des für die Jahre 2021-2024 geltenden finanzpolitischen Richtwerts Nr. 6 zur Gesamtlohnsumme umzusetzen. Stellen zur Bewältigung von neuen Aufgaben und Anforderungen sollen demnach in erster Linie durch interne Verschiebungen bereitgestellt werden. Die GPK kann nachvollziehen, dass ein minimaler Handlungsspielraum im Rahmen der geltenden Vorgaben bestehen bleiben soll. Sie regt an, bei der Erarbeitung der neuen finanzpolitischen Richtwerte für die Jahre 2025-2028 einen Richtwert so zu gestalten, dass nicht nur das Wachstum der Gesamtlohnsumme, sondern gleichzeitig auch die Entwicklung des Aufwands für Dienstleistungen Dritter miteinbezogen ist. Weiter verweist die GPK auf die laufende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, deren Ergebnisse bis Ende 2022 vorliegen werden. Sie hofft, dass in deren Rahmen auch allfällige Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung dargelegt werden. Die GPK ist für Eintreten und unterstützt den Antrag der Regierung zum Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Wünschen weitere Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission das Wort? Grossrat Niggli, Sie haben das Wort.

Niggli-Mathis (Grüsch): Ich möchte hier noch einige Punkte unterstreichen, die meine Vorrednerin, unsere geschätzte Kommissionspräsidentin, bereits angetönt hat. Für mich ist es wichtig und auch sehr zentral, dass bei

der Auftrags- und Leistungsüberprüfung, die nun in der Verwaltung durchgeführt wird, auch die richtigen Fragen gestellt worden sind. Wenn dieses Geschäft in den Rat kommt, ist dies dringend zu prüfen, und nötigenfalls sind die richtigen Fragen zu stellen. Ich habe keinen Einblick in die heutigen Fragen, und ich kann sie deshalb auch nicht beurteilen, ob sie richtig oder falsch sind. Für mich zwingend ist auch bei einer neuen Auslegung der finanzpolitischen Richtwerte vor allem des finanzpolitischen Richtwertes Nr. 6, der das Personal regelt, dass Arbeiten an Dritte auch in diesem finanzpolitischen Richtwert erfasst werden oder nötigenfalls in einem separaten, zusätzlichen finanzpolitischen Richtwert. Wenn man die Entwicklung dieser Arbeiten an Dritte in den Rechnungen und Budgets der letzten Jahre anschaut, so ist er doch eine gewisse Seitenklappe, auf die die Regierung ausweichen kann, wenn gewisse Arbeiten vergeben werden, die vielleicht doch auch innerhalb der Verwaltung erledigt werden könnten, aber vielleicht aus Kapazitätsgründen dann nach ausserhalb verschoben werden. Ich denke auch, dass bei Stellenwechseln, wenn Mitarbeiter an der Pensionierungsgrenze entlassen werden und bedeutend jüngere Mitarbeiter eingestellt werden, dass aufgrund der Lohnskala und des Lohnsystems doch auch etwa eine Lohnsumme von etwa 0,6 Prozent entsteht zum heutigen, die ebenfalls für Personal ausgegeben werden kann. Das eine Prozent, das wir heute haben und das immer als sehr einschränkend von der Regierung dargestellt wird, entspricht immerhin der Summe von rund 4 Millionen Franken oder rund 25 bis 30 Stellen, die damit jährlich neu geschaffen werden könnten. Ich denke, das ist in etwa die Ergänzung, die ich noch zu den Ausführungen unserer Kommissionspräsidentin machen möchte.

Bettinaglio: In der Dezembersession 2020 hat die Fraktion der ehemaligen BDP den Auftrag betreffend Stellenschaffungsstopp eingereicht. In der Aprilsession 2021 wurde der Auftrag in leicht abgeänderter Form überwiesen, und die Regierung wurde verpflichtet, Entscheidungsgrundlagen bis spätestens zur Junisession 2022 zu unterbreiten, wie ein Stellenschaffungsstopp bis Ende 2025 umgesetzt werden kann. Integriert in die vorliegende Jahresrechnung will die Regierung den Auftrag nun erfüllen, oder treffender wäre, endlich erledigen. Ich habe mir die umfangreichen Ausführungen zum Auftrag durchgelesen. Das Résumé nehme ich vorweg. Die Regierung bleibt nicht zum ersten Mal in dieser Thematik auf halber Strecke stehen. Sie scheint den Willen des Grossen Rates nicht zu erkennen oder nicht erkennen zu wollen. Wie ich zu diesem Schluss komme, möchte ich nun ausführen. Der Grosse Rat wollte von der Regierung Entscheidungsgrundlagen, wie ein Stellenschaffungsstopp umgesetzt werden kann. Diese Mühe macht sich die Regierung gar nicht erst. Im Gegenteil verwendet die Regierung die ganze Energie darauf, den heutigen Status Quo weiter zu zementieren und auf rund 13 Seiten zu argumentieren und zu begründen. Begründet wird der mehrmalige Verweis auf den Richtwert Nr. 6, dass man ohnehin schon stark eingeschränkt ist und ja gar nicht mehr anders kann, als Stellen zu verschieben. Ich betone, dass sich der Rat dem Richtwert Nr. 6 auch bei Überwei-

sung dieses Auftrages im April 2021 sehr bewusst war. Und trotzdem hat der Rat mit 83 Stimmen den Auftrag überwiesen. Diese Überweisung war mit einer Erwartungshaltung ausserhalb des Richtwerts Nr. 6 verbunden. Dann geht die Regierung aber noch einen Schritt weiter und läuft zur Hochform auf, denn es wird auch gleich noch argumentiert, welche Stellen künftig benötigt werden. Auf Seite 70 ff. ist zu lesen und wird begründet, dass 125einhalb neue Vollzeitstellen bis zum Jahr 2025 benötigt werden. Mir gibt das zu denken. Der Auftrag war nicht dazu gedacht, der Regierung eine Plattform zu geben, die künftigen neu zu schaffenden Stellen zu begründen. Der Auftrag wollte eine Analyse und Grundlagen, wie sich ein Stellenschaffungsstopp umsetzen lässt. Die Grundidee war nach wie vor, sich für schlechtere Zeiten zu rüsten. Das hat zugegeben an Bedeutung verloren. Jedoch war auch immer das Ziel, dass sich der Kanton mit einem Fitnessprogramm fit macht und sich unnötigem Ballasts entledigt. Darüber wird jedoch kaum ein Wort verloren oder Bereiche beleuchtet, in welchen ein Stellenschaffungsstopp umgesetzt werden könnte. Und dann höre ich den Ausführungen von Regierungsrat Rathgeb heute zu, welcher bereits versucht, die Erwartungen an die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu dämpfen. Mich wundert das nicht mehr, war ich damals in der Debatte zum Auftrag noch erstaunt. Die heisse Kartoffel wird weiter vor sich hingeschoben und am liebsten nicht angelangt. Meine Erwartung an die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung lasse ich dadurch aber nicht dämpfen. Die Regierung führt nämlich auch aus, und das ist ein kleiner Lichtblick, dass die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ebenfalls darauf abzielt, mittels Verzicht auf Aufgaben Ressourcen freizuspielen. Diese Aussage verstehe ich nicht als Worthülse. Ich erwarte von der Regierung, dass in der anstehenden ALÜ Aufgaben oder Teilaufgaben aufgezeigt werden, auf diese verzichtet werden kann. Zum Schluss möchte ich noch eine weitere Erwartung äussern. Die Regierung führt, wie gesagt, unermüdlich aus, dass neue richtwertrelevante Stellen für die kantonale Verwaltung nur soweit geschaffen werden, wie sie mittels Mutationsgewinnen aufgrund von natürlicher Fluktuation, Stellenumwandlungen, wegfallenden Stellen vollständig kompensiert werden. Ich nehme die Regierung beim Wort. Ich erwarte, dass in der jeweiligen Budgetbotschaft mindestens bis zum Budget für das Jahr 2025 bei neuen Stellenschaffungen begründet wird, weshalb eine Stellenumwandlung- beziehungsweise -verschiebung nicht möglich ist. Trotz den gemachten Ausführungen kann die Mitte-Fraktion die Schlussfolgerungen der GPK akzeptieren. Der Fokus ist auf die ALÜ und die Neufestlegung des finanzpolitischen Richtwerts zu richten. Dies wurde von Kollege Niggli ausgeführt. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt den Antrag der Regierung.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): In Anbetracht dessen, dass es noch weitere Wortmeldungen gibt und zumindest ein Votant länger reden wird, so wie ich das gewohnt bin, gedenke ich jetzt eine Pause einzuschalten bis 16.30 Uhr. Bitte seien Sie pünktlich zurück,

damit wir dann zügig vorwärtsfahren können mit dieser Debatte.

Pause

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Darf ich um Ruhe bitten, damit wir mit der Debatte fortfahren können. Ich würde gerne mit der Debatte weiterfahren. Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Grossrat Bettinaglio, wo ist denn Ihre Fraktion? Eine Auszeit? Ja, ich wollte Sie nur fragen. Gut, wir fahren mit der Debatte weiter, und ich übergebe Grossrat Hohl das Wort. Das Mikrofon ist eingeschaltet.

Hohl: Geschätzter Ratskollege Bettinaglio, ich sehe, es sind nicht so viele von der Mitte da, aber man muss wirklich sagen, ich fühle mich nach Ihrem Votum wieder mal richtig verbunden mit der Mitte. Und das hängt nicht nur am Titel des Auftrages, den ich mitunterzeichnen durfte damals noch in der BDP. Ihrem Votum ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Ich wollte einfach noch etwas nachdoppeln bei der Frage nach der Kompensation, die von der Regierung in Aussicht gestellt wird. Sie haben das auch schon angeführt. Und mich würde da wirklich interessieren: Wie wird das dargestellt? Wird das nachvollziehbar sein für den Grossen Rat, wann in erster Linie kompensiert wurde, wo in erster Linie kompensiert wurde? Denn nur so können wir das auch überprüfen, ob Ihrem Antrag schlussendlich auch Folge geleistet wird. Von daher, herzlichen Dank, Kollege Bettinaglio. Sie haben, wenn ich gemeint war mit dem langen Votum, haben Sie es deutlich verkürzt. Aber ich denke, oder vermute, dass jemand anderes gemeint war.

Caviezel (Chur): Es gibt vielleicht doch noch das Eine oder Andere zum Votum von Kollege Bettinaglio nachzuführen. Vielleicht sollte man wohlwollend zum Ende der Legislatur einsteigen und mit dem Positiven beginnen. Der kämpferische Ton von Kollege Bettinaglio gegenüber der Mitte-Mehrheit in der Regierung hat mir sehr gut gefallen. Alle, die Sorgen haben, dass Checks and Balances in der nächsten Legislatur nicht gewährleistet sind, die wurden hier wohl eines Besseren belehrt. In diesem Sinne bitte ich diese Oppositionspolitik dann auch in den nächsten vier Jahren, wenn ich nicht mehr im Rat dabei sein werde, weiterzuführen. Vielen Dank an dieser Stelle. Nun, zum Inhaltlichen, und da gibt es, wie einleitend gesagt, doch noch zwei, drei Sachen anzumerken. Sie haben, Kollege Bettinaglio, mehrmals den Begriff «der Wille des Grossen Rats» bemüht. Und ich finde das wichtig und richtig, dass man den Willen des Grossen Rats respektiert. Aber ich möchte Sie darauf verweisen, was wirklich der Wille des Grossen Rats war. Wir haben nämlich, und das haben Sie ausgelassen, im Februar 2020 die Richtwerte diskutiert. Und im Art. 35 des Finanzhaushaltsgesetzes steht, dass man diese Richtwerte jeweils seitens des Grossen Rates für vier Jahre festlegen soll. Und da haben Sie beziehungsweise Ihre Partei damals den Antrag gestellt, dass das, was Sie dann später, zwei Jahre später, unter der Begründung von COVID-19 gefordert haben, haben Sie damals, als die Finanzlage noch gut war, auch schon gefordert. Und

der Grosse Rat hat äusserst deutlich, mit 81 zu 30 Stimmen, diesen entsprechenden Antrag damals abgelehnt. Der Kollege Hohl, der damals noch Mitglied der BDP war, ich habe es extra nachgeschaut, das Abstimmungsverhalten. So wichtig war ihm das Thema damals nicht. Er war nämlich nicht im Rat, als die entsprechende Abstimmung stattgefunden hat. Ich möchte hier sonst noch ein paar Verfechter einer durchaus harten, würde ich mal sagen, Finanzdoktrin zitieren. Da hat z. B. im Rahmen dieser Debatte Kollege Claus gesagt: «Wir als strategisches Gremium haben dieses Korsett zu schnüren, aber wir haben nicht die Luft abzuwürgen zum Atmen.» Da hat Kollege Marti gesagt: «Und ich glaube, es ist unehrlich, wenn man die Lohnsumme plafonieren möchte, denn dann gleichzeitig, und wir kennen unseren Rat, Vorstösse einreicht und Anliegen erfüllt bekommen möchte, die eben dann in Arbeit ausarten.» Und genau auf diesem Punkt möchte ich nun Bezug nehmen. Wir haben kürzlich die ganz wichtige Wasserkraftstrategie für diesen Kanton diskutiert. Die wird Millionen von Franken an Wertschöpfung für unsere Gemeinden und für unseren Kanton mit sich bringen. Das braucht Personal. Wir haben in dieser Session, in dieser Session eine Anfrage zum Thema E-Governance, von Kollege Hohl notabene, auf dem Tisch, der sich richtigerweise, richtigerweise darüber auslässt, dass es zu langsam geht und die strategischen Rahmenbedingungen nicht gut sind. Und was ist die Antwort der Regierung? Auch richtigerweise, es ist sehr aufwendig, kostenintensiv und personalintensiv. Wir haben den Green Deal beschlossen, der ein Deal ist für Klimaschutz, aber eben auch für das Gewerbe. Und dort ist es elementar wichtig, dass die entsprechenden Verwaltungsbehörden schnell arbeiten. Wir haben in diesem Rat mehrmals darüber diskutiert, dass die Polizei, insbesondere im Cyberbereich, eine bessere Arbeit beziehungsweise mehr Arbeit leisten soll. Wir haben mehrmals gehört von Vertreterinnen und Vertretern aus Italienischbünden, dass die Kommunikation in Italienisch seitens der Verwaltungen massiv verbessert werden soll, dass die Mehrsprachigkeit mehr gefördert werden muss, dass man da Koordinationsstellen braucht. Das sind alles Aufgaben, die dieser Rat diskutiert, gefördert, gewünscht hat. Und wenn ich nun, ich habe diese Ausführungen auch sehr detailliert und mit grossem Interesse gelesen, das anschau, dann muss ich sagen, ich bin erschrocken, wie strikt dieser Richtwert ist. Ich hatte das damals in der KSS auch mal mitvertreten. Und musste sagen, mir war nicht bewusst, dass alle, komplett alle Stellenschaffungen werden nur über Fluktuationsgewinn gemacht. Die ein Prozent, die werden eingesetzt für die Realloohnerhöhung. Ich finde, das ist mehr als angebracht, wenn man sich vor Augen führt, was für eine Riesenleistung die Verwaltung auch in letzter Zeit im Rahmen der COVID-19-Pandemie geleistet hat. Dass man Lohnerhöhungen macht, das ist in jedem Betrieb üblich. Dann stelle ich fest, und Sie sehen es auf Seite 70, da gibt der Grosse Rat einen ultras strikten Richtwert vor, von maximal ein Prozent Zunahme der richtwertrelevanten Gesamtlohnsumme und in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt erhöht die Regierung das nur um 0,7 Prozent. Also diese ganze Kritik von Kollege Bettinaglio, von wegen die Regierung ist da auf

Laissez-faire und nimmt den Willen des Grossen Rats etc. nicht zur Kenntnis, muss ich, obwohl ich da nicht auf der Regierungsbank sitze, muss ich entschieden entgegenen. Das stimmt überhaupt nicht. Ich müsste kritisch sein, mit der Regierung zu sagen, ich finde es bedauerlich und schade, dass man hier nicht den wenigen Spielraum, den man seitens des Grossen Rats zur Verfügung gestellt hat, genügend ausgenutzt hat. Ich glaube, hier haben wir uns gewisses Potenzial vergeben. In diesem Sinne bin ich natürlich auch für Eintreten, für entsprechende Kenntnisnahme, respektive Überweisung dieses Antrags, wie er von Seiten der Regierung gemacht wird. Dieses Thema Richtwerte wird sicher in Zukunft dann noch zu Diskussionen führen. Ich bedanke mich bei der Regierung für die sehr ausführliche und sehr detaillierte Ausführung. Und bitte Sie in Zukunft, dass die tiefe Hürde, die man hier hat, wenigstens maximal zu nutzen.

Claus: Die Ausführungen der Antwort sind sehr differenziert, und da bin ich froh und bedanke mich auch bei der Regierung. Ich möchte Sie auf zwei, drei kleine Punkte oder eben grosse Punkte aufmerksam machen. Die Bedeutung der Richtwerte, sie wurde verschiedentlich angesprochen. Wir waren in der KSS immer, und da ist auch Conradin Caviezel gleicher Meinung. Conradin, wir haben diese Richtwerte wirklich in dem Sinn bearbeitet, dass wir uns, und da bin ich nicht ganz einig mit ihm, wir waren uns bewusst, was sie bedeuten. Und diese Richtwerte sind für die Zukunft des Kantons eminent wichtig. Und dort muss man auch stringent bleiben. Dort geschieht im Prinzip Finanzpolitik bei den Richtwerten. Dass wir bei der Stellenschaffung hier, und da gebe ich wiederum Herrn Bettinaglio schon recht, erschrecken, wenn wir sehen, was auf uns zukommt, dann ist es wieder ein Warnsignal an diesen Grossen Rat. Es wird ein neuer Grosser Rat oder ein wesentlich erneuerter Grosser Rat tätig werden. Was wir sehen, ist, dass immer dann, wenn wir grosse Geschäfte beschliessen, wie Green Deal usw., dass wir dann, auch die Digitalisierung lässt grüssen, dass wir dann auch ein Stellenschaffungsproblem kreieren und zwar im gleichen Atemzug. Das muss man sich bewusst sein. Und da müssen wir auch bremsen, wenn wir ehrlich sein wollen. Und zwar müssen wir dann bremsen, wenn wir solche Sachen im Nachhinein erfahren, wie wir es heute erfahren mussten, wie z. B. schlussendlich etwas umgesetzt wird, gerade jetzt bei der Digitalisierung. Wenn 500 000 Franken für zwei Personen und ein Konzept ausgegeben werden, dann müssen wir hier wirklich uns fragen, was haben wir gemacht, beziehungsweise die Regierung sollte sich das auch fragen. Und wenn man dann noch ein Jahr wartet, bis man zu einem Schlussergebnis kommt oder nur schon eine Beantwortung für eine Anfrage bekommt aus diesem Gremium, dann ist es bedenklich. Da müssen wir in Zukunft besser hinschauen. Und wir müssen ehrlich mit uns selber sein. Wir können nicht alle Aufgaben telquel dem Staat übertragen und die Meinung haben, dass es dann tatsächlich besser und schneller funktioniert, das ist eben nicht so. Ich bin froh, dass wir hier trotzdem bei der stringenten Haltung bleiben, die Richtwerte weiterhin einhalten werden und halt

eben diesen Auftrag jetzt im Sinne der Regierung schlussendlich abschreiben werden.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Wortmeldungen unter dem Titel allgemeine Diskussion? Wenn dem nicht der Fall ist, dann erteile ich jetzt Regierungsrat Rathgeb das Wort. Bitte, Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Rathgeb: Vielen Dank für diese sehr engagierte, auch kontroverse Eintretensdebatte. Ich glaube, der zielgerichtete, der effiziente Personaleinsatz ist eine zentrale Aufgabe, die wir haben, die eine Führungsaufgabe ist, eine Führungsaufgabe auf allen Stufen. Sie führen uns mit dem finanzpolitischen Richtwert Nr. 6. Und er ist einfach sehr strikt und sehr rigide, wie es Grossrat Caviezel gesagt hat. Ich kenne keinen anderen Kanton, welcher derart rigide in Bezug auf die Personalentwicklung und damit auf die Aufgabenerfüllung Einfluss nimmt auf die Regierung wie Sie. Ich kenne keinen. Also der Richtwert ist streng. Er gilt ja auch schon lange, und wir halten uns daran. Wir schauen auch, dass wir ihn nicht überschreiten. Wir halten uns daran. Aber dieser Richtwert ist strikt. Kommt die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung hinzu, mit welcher wir periodisch den effizienten, den zielgerichteten Einsatz des Personals überprüfen, alternative Organisationen und Einsatzformen überprüfen. Und auch das ist schlussendlich für einen effizienten, zielgerichteten Personaleinsatz eine ganz entscheidende Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

Wenn wir jetzt einen Benchmark machen und schauen, wie hoch die Personalkosten im Kanton Graubünden im Verhältnis zum Gesamtaufwand im interkantonalen Verhältnis sind, dann hat der Kanton Graubünden in etwa in den letzten Jahren 15 Prozent seines Gesamtaufkommens für das Personal verwendet. Der interkantonale Schnitt liegt bei 30 Prozent, liegt bei 30 Prozent. Also man kann nicht aus dem Benchmark sagen, wir hätten eine Schieflage, im Gegenteil, im Gegenteil. Natürlich sagen Sie mir jetzt, ja, die Aufgabenabgrenzung zwischen Kanton und Gemeinden ist nicht überall gleich und vergleichbar, die Auslagerungen sind nicht überall gleich. Das stimmt. Es gibt keine Studie, die mir bekannt ist, die das genau ausbeinelt. Aber im Verhältnis und im Schnitt sind wir einfach in etwa bei der Hälfte, was andere Kantone haben.

Das Wachstum in anderen Kantonen war in den letzten zehn Jahren auch massiv. Das wäre wahrscheinlich bei uns auch massiv gewesen, hätten wir nicht diesen rigorosen Richtwert. Also das einfach zur Ausgangslage. Wir haben keine Schieflage. Wir haben eine sehr effizient aufgestellte Verwaltung. Wir schauen hin. Wir haben gar keine Möglichkeit, als anders als sehr, sehr zielgerichtet und nur punktuell zu entwickeln. Darum ein Handlungsbedarf in diesem Bereich, der sagt, wir haben hier eine Schieflage, das Personal ist nicht korrekt eingesetzt, der ist einfach nicht vorhanden. Und trotzdem gibt es offenbar immer wieder einzelne Beispiele, die man mir auch erzählt: Damals, bei diesem Augenschein, oder dort an dieser Sitzung waren zu viele Personen anwesend. Ja, das mag es geben. Dann bitte ich Sie einfach, wenn Sie

konkret etwas zu beanstanden haben, das möglicherweise auch zurecht beanstandet wird Ihrerseits, dann nehmen Sie beim zuständigen Regierungsrat oder Amtsleiter oder irgendwo Einfluss und sagen uns das. Dann schauen wir hin. Dann war hier vielleicht irgendwo einmal eine Gruppe zu gross, oder an einer Sitzung waren zu viele Leute. Aber ich möchte Ihnen einfach sagen, unser Eindruck, wie gearbeitet wird in der Verwaltung, ist der, dass sehr zielgerichtet gearbeitet wird, an vielen Orten die Zitrone auch ausgepresst ist. Und ich darf Sie auch daran erinnern, das auch noch zur Einleitung, wir haben für die kantonale Verwaltung in den letzten zwei Jahren auch von Ihnen noch nie so viel Lob erhalten wie dasjenige, das Sie uns in den vergangenen zwei Jahren für die effiziente Arbeit der kantonalen Verwaltung in der COVID-19-Krise attestiert haben. Das hat mich gefreut. Weil es war mit Sicherheit auch berechtigt. Es war auch im interkantonalen Verhältnis berechtigt. Wir haben mit unserer Verwaltung eine gute Arbeit zugunsten der Bürgerinnen und Bürger leisten können.

Nun, die GPK hat eingehend die Berichterstattung unsererseits geprüft, ist zum Schluss gekommen, dass sie den Antrag der Regierung unterstützen soll, hat aber darauf hingewiesen, dass die Problematik in Bezug auf die Mittel, die wir aus Verträgen mit Dritten, also die Drittmittel, die hier ansteigen, dass diese auch betrachtet werden sollen. Die Dienstleistungen Dritter haben in den vergangenen Jahren einfach zugenommen. Und ich kann Ihnen ein einfaches Beispiel machen, warum und wie das in vielen Fällen, aber nicht nur, entsteht. Wenn wir übersetzen müssen, weil wir übersetzen müssen aufgrund der gesetzten Vorgaben, aber die Übersetzerinnen und Übersetzer einfach ausgelastet sind, und wir müssen innert drei Tagen Dokumente übersetzen, ja, was passiert? Wir können nicht sagen, wir können es nicht übersetzen, die Botschaft oder die Dokumente kommen später. Dann werden halt extern Dienstleistungen eingeholt, beispielsweise Übersetzungsdienstleistungen werden eingeholt, weil wir nicht genügend Übersetzerinnen und Übersetzer haben, die wir eigentlich bräuchten, um das zu übersetzen, was es zu übersetzen gilt. Und das kostet meistens mehr, als wenn wir eine interne Person hätten, die uns zur Verfügung stünde. Und so geht es halt auch in anderen Fällen. Natürlich haben wir externe Gutachten, Expertisen, Berichte usw. einzuholen. Aber es ist nun einfach einmal so, wenn wir Aufgaben zu erfüllen haben, die wir mit den internen Kapazitäten nicht bewältigen können, aber sie trotzdem nicht hinausschieben können, verschieben können, anderweitig erfüllen können, dass wir einfach gezwungen sind, da und dort Dienstleistungen Dritter einzukaufen. Darum ist es zwar richtig, das gemeinsam zu betrachten, aber Sie können nicht die Schraube beim Richtwert anziehen oder noch einen Stellenschaffungsstopp verfügen und gleichzeitig sagen, wir können nicht mehr Aufgaben erfüllen, dort wo wir müssen, über Dienstleistungen Dritter. Das geht einfach nicht auf. Ich bin sehr dafür, dass wir das gesamtheitlich betrachten. Aber wir brauchen eine minimale Entwicklung. Grossrat Niggli hat auf diese hingewiesen. Das eine Prozent allerdings, muss ich auch sagen, das steht uns faktisch nicht zur Verfügung. Weil wir haben auch die Lohnentwicklung, die innerhalb von

diesem einen Prozent ist. Und wir können heute praktisch nur noch über Mutationsgewinne, die wir erzielen bei natürlichen Fluktuationen oder bei Fluktuationen, überhaupt noch Stellen schaffen. Wir haben keine Möglichkeit mehr, weil wir dieses eine Prozent für die Lohnentwicklung faktisch brauchen, und dass wir überhaupt uns noch diesbezüglich bewegen können. Insofern haben wir faktisch den entsprechenden Stellenschaffungsstopp, weisen das immer auch aus. Sie beschliessen manchmal Ausnahmen vom Richtwert. Dann können wir Stellenschaffungen, die meisten Stellen, die in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, dank einer Ausnahme, die Sie explizit beschlossen haben, auch überhaupt realisieren.

Grossrat Niggli hat auch auf die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung hingewiesen und die Frage gestellt, ob wir hier die richtigen Fragen stellen. Also ich denke, dass das so ist. Wir sind auch nicht die ersten, die eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung durchführen, auch nicht die erste, die bei uns durchgeführt wird. Wir haben viel investiert in die aus unserer Sicht richtigen Fragen, um zu sehen, ob effizient, ob zielgerichtet gearbeitet wird, ob die Aufgaben anderweitig, besser, effizienter, wirksamer erfüllt werden könnten, ob es alternative Aufgabenerfüllungsmöglichkeiten gäbe. Ich glaube, die Fragen sind richtig. Ich möchte aber doch auch darauf hinweisen, weil er gefragt hat, wann dann der Bericht in den Grossen Rat kommt: Der Regierungspräsident hat schon in der Februarsession 2022 darauf hingewiesen, die ALÜ ist eine Führungsaufgabe der Regierung, eine Pflicht der Regierung. Und es war weder vor zehn Jahren, noch ist jetzt vorgesehen, dass der Bericht in das Parlament kommt. Sie erfahren wahrscheinlich die Ergebnisse. Aber der Bericht ist zuhanden der Regierung und die Regierung wird ihn würdigen und wird gestützt darauf dann auch die entsprechenden Massnahmen erfüllen oder ergreifen.

Grossrat Bettinaglio hat gesagt, wir hätten die Aufgaben nicht gemacht und damit auch durchblicken lassen, dass er eigentlich gerne in diesem Bereich wie ein vorgängiges Sparprogramm gehabt hätte, also vorbehaltene Entschlüsse, was wann zu tun ist. Und das ist natürlich eine Aufgabe, welche die Regierung nicht tun kann. Wir können nicht sagen, diese und jene Aufgabe erfüllen wir nicht mehr. Wir können uns doch nicht anmassen, von den Gesetzen, die Sie uns zur Umsetzung und Erfüllung geben, zu sagen, welche dieser Aufgaben wir nicht mehr erfüllen werden. Was ich aber sagen kann, ist, dass wir bei der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung versuchen, die Priorisierungen der Aufgaben, des Breitenpektrums der Aufgaben zu erfragen, um zu erkennen, wo wir solche Abstriche machen würden, wenn dann der Notstand oder diese Notsituation eintreffen würde. Das versuchen wir im Rahmen der ALÜ, ist auch eine ALÜ-Aufgabe, aber wir können hier nicht sagen, welche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden, wenn Sie einen Stellenschaffungsstopp ergreifen. Weil, Sie haben es gesehen, die Stellenschaffungen für das Jahr 2023, die betreffen zu einem grossen Teil die Entwicklungsschwerpunkte. Grossrat Caviezel hat darauf hingewiesen. Wenn Sie die Wasserstrategie anschauen, wenn Sie schauen, was der Aktionsplan Green Deal für Folgeaufgaben nach sich zieht, oder wenn man die Erwartungshaltungen in Bezug

auf die digitale Transformation oder bei uns auf E-Government anschaut, das ergibt sich nicht einfach so. Das sind derart grosse Projekte, bei denen wir Spezialisten brauchen. Wir sehen es bei der Graubündner Kantonalbank, die in diesen Bereichen ein Stück weiter ist. Die digitale Transformation, die Digitalisierung in der Bank hat zu einem Schub von Anstellungen geführt, hat neue Arbeitskräfte gebraucht, auch wenn umgeschult wird. Aber mindestens vorübergehend führt die digitale Transformation dazu, dass es mehr Personal und nicht weniger Personal braucht. Also, all die erwähnten Projekte resultieren aus sicher berechtigten Aufträgen und Aufgaben von Ihnen. Sie haben aber Folgewirkungen. Wir weisen jeweils beim Regierungsprogramm darauf hin. Das Effizienteste, um einen Status quo bei den Stellen erwirken zu können, wäre, dass Sie einmal während vier Jahren uns keine zusätzlichen Aufträge erteilen würden. Dann hätten wir wahrscheinlich diese Möglichkeit. Das geht natürlich auch nicht. Das ist Ihnen klar. Das ist mir klar. Das geht nicht. Aber ich muss einfach immer wieder sagen, man hat Euphorie bei den neuen Aufgaben. Ich habe einige erwähnt. Aber es hat immer auch Konsequenzen in Bezug auf die Bearbeitung und in Bezug auf die personellen Mitarbeitenden, die wir benötigen, um diese Aufgaben auch erfüllen zu können. Insofern also hat dieser Auftrag nicht dazu geführt, dass wir einfach weiterfahren wie bisher. Wir prüfen noch genauer. Wir wollen noch genauer intern den Nachweis, dass nicht mit bestehenden Ressourcen eine Aufgabe erfüllt werden kann.

Aber ich muss Ihnen sagen, wir waren jetzt in den letzten Regierungssitzungen in Bezug auf die Stellenschaffung 2023 äusserst beschäftigt und haben darüber viel diskutiert. Wir können einen Drittel der Stellen, welche wir Departementsvorstehende für die Aufgabenerfüllung für das 2023 bräuchten, und die ausgewiesen sind, schaffen. Das kleine, eine Prozent respektive die Mutationsgewinne und der Rest, der uns hier in diesem Bereich bleibt, führt dazu, dass wir einen Drittel der Stellen schaffen können. Das wird nicht ohne Auswirkungen in Bezug auf die Aufgabenerfüllung sein. Und das wird in Bezug auf das 2024 nicht besser. So viel zu den Voten, die gefallen sind.

Ich möchte einfach noch einmal zum Abschluss versichern, und ich glaube, das ist auch das, was ich im Namen der Regierung tun kann: Wir schauen sehr genau hin. Wir wissen, dass der zielgerichtete, effiziente Mitteleinsatz insbesondere auf die Personalressourcen eine der zentralen Führungsaufgaben ist, die wir, die die 40 Dienststellenleitenden mit uns zusammen wahrnehmen. Der Spielraum ist äusserst klein. Das effizienteste Mittel, um hier etwas der Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist, weniger Aufträge zu erteilen, weniger Aufträge zu erteilen, und wir werden auch in Zukunft alles tun, gezielt sicherzustellen, dass das Personal effizient eingesetzt ist. Und dort, wo Sie Schieflagen sehen, dort wo Sie Kritik haben, bitte äussern Sie diese, bringen Sie diese, gelangen Sie an die zuständigen Vorgesetzten und dann nehmen wir Einfluss. Im Gesamten aber, und das möchte ich abschliessend sagen, wir haben im Kanton Graubünden keine Schieflage. Und ich möchte auch noch sagen, wir werden in den nächsten 15 Jahren die Hälfte der Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung ersetzen. Mit den Nichtvollzeitäquivalenten sind es knapp 4000 Personen. Wir haben eine Herkulesaufgabe, um bei diesen rund 1200 Stellenprofilen, die wir haben, die Fach- und Arbeitskräfte für die kommenden Jahre zu finden. Wir tun gut daran, Verhältnisse zu haben, wo jemand weiss, wenn er kommt, er kann einigermaßen vernünftig dort arbeiten, er hat nicht sozusagen 200 Stellenprozent in einem Job zu leisten. Also, ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrags. Sie haben keinen Gegenantrag gestellt. Ich danke Ihnen auch für die wertvolle Debatte, dass wir diese grosse Herausforderung der Erneuerung in der kantonalen Verwaltung gemeinsam bewerkstelligen können.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Wortmeldungen? Grossrat Hohl, Sie haben das Wort.

Hohl: Ich hatte noch eine Frage gestellt, ob uns irgendwie ausgewiesen wird, wo kompensiert wird, falls kompensiert wird. Und ich habe, vielleicht habe ich es überhört, aber diese Ausführung nicht erhalten.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Möchten Sie die Frage beantworten?

Regierungsrat Rathgeb: Ja, selbstverständlich. *Heiterkeit.* Ist so. Entschuldigen Sie, Grossrat Hohl, es war eigentlich inkludiert. Die Situation ist so, dass wir die Frage, wo wurde in den letzten Jahren eine Stellenkompensation vorgenommen, dass wir diese in der ALÜ stellen, und die Berichterstattung der ALÜ geht eben an die Regierung. Ich mache Ihnen ein Beispiel: Mit der Einführung der semimobilen, semistationären Anlagen für die Radarmessungen konnten mehrere Personen frei aus diesem Teil der Verkehrspolizei herausgenommen werden, weil die neuen Geräte damals weniger Personal gebraucht haben. Diese Personen wurden nicht irgendwie dem Personalamt zurückgegeben, sondern mit denen wurden die dringend notwendigen Stellen beim Cybercrime besetzt. Und so erfolgen in der ganzen Verwaltung immer wieder Umschichtungen in Bezug auf die Aufgabenerfüllung. Ihre Frage aber muss ich so beantworten, dass dies Gegenstand und Teil der Berichterstattung über die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist, die nicht vorgesehen ist, in Berichtsform dem Grossen Rat vorzulegen.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann stelle ich zuhanden des Protokolls fest, dass Eintreten nicht bestritten ist und somit beschlossen ist.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Und nach dieser heissen Eintretensdebatte würde ich Ihnen gestatten, eine Tenue-Erleichterung vorzunehmen. Was immer das auch heisst. *Heiterkeit.* Also für die Herren, die Kittel abzuziehen, und den Rest überlasse ich Ihnen. Nun, wir kommen zur Detailberatung in der Rechnung

auf der Seite 63 bis 76. Ich werde Ihnen jeweils die einzelnen Titel verlesen und dann zur Diskussion stellen.

Detailberatung

Antrag GPK und Regierung

2. Den Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp vom 9. Dezember 2020 im Rahmen des für die Jahre 2021–2024 geltenden finanzpolitischen Richtwerts Nr. 6 betreffend die Gesamtlohnsumme umzusetzen. Stellen zur Bewältigung von neuen Aufgaben und Anforderungen sind in erster Linie durch interne Verschiebungen bereitzustellen (Seiten 61 bis 76).

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Ich beginne mit 1. Ausgangslage, Auftrag und Ziele. Frau GPK-Präsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Grundlagen der Lohnaufwandsteuerung des Grossen Rats. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 3. Finanzpolitische Richtwerte und Richtwert Nr. 6 (Gesamtlohnsumme), 3.1 Die finanzpolitischen Richtwerte für die Periode 2021–2024. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 3.2 Richtwert Nr. 6 (Gesamtlohnsumme) für die Periode 2021–2024. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 4. Veränderungen im finanziellen Umfeld nach der Februarsession 2020, 4.1 Finanzielle Entwicklung bis zum Frühjahr 2021. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 4.2 Finanzielle Entwicklung bis zum Frühjahr 2022. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 5. Bisherige Entwicklung des Personalaufwands und der Stellenschaffungen. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 6. Künftiger Stellenschaffungsbedarf. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Bettinaglio, Sie haben das Wort.

Bettinaglio: Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, einfach nochmals auf ein, zwei Punkte auch einzugehen. Wenn der Regierungsrat Rathgeb schon mit Statistiken, Zahlen hantiert, die kaum vergleichbar sind, habe ich auch noch eine in petto. Und zwar sind die Stellen von 2008 bis 2018 im Kanton Graubünden um rund 44 Prozent gestiegen. Beispielsweise, das ist der höchste Anstieg in allen Kantonen schweizweit. Der Kanton Zürich hat im selben Umfang rund 14 Prozent Stellenwachstum gehabt. Auch diese Kennzahl ist schwierig zu vergleichen betreffend die Auslagerung usw., und ich hätte sie auch nicht gebracht. Genauso schwierig ist der Vergleich, den Sie anbringen mit den 30 zu 15 Prozent. Das ist nicht wirklich belastbar. Dann noch ein Punkt zum immer wiederkehrenden Argument, dass der Grosse Rat

verantwortlich ist für die neuen Stellen, die geschaffen werden. Am Ende ist natürlich schwierig nachzuvollziehen, aber ein kleiner Hinweis ergibt sich in den Ausführungen selbst, und da sieht man in den neuen Stellenschaffungen ab dieser Seite, dass für die neuen Entwicklungsschwerpunkte rund 30 Stellen eingeplant sind. Das sind dann aber immer noch rund 125,5 im Total. Also es sind fast 100 Stellen, die auch sonst geschaffen werden. Und ich glaube auch sonst kaum, dass mit den über 3000 Vollzeitstellen im Kanton die Hauptverantwortung beim Grossen Rat liegt.

Regierungsrat Rathgeb: Ich möchte hier nicht verlängern, aber ich muss noch einmal sagen, ich habe schon einmal diese 44 Prozent kommentiert. Ich habe Ihnen damals auch gesagt, dass die Zahl nicht stimmt, auch weshalb die Zahl nicht stimmt. Dass massgebend doch ist, wenn wir heute eine Steuerung haben über die finanziellen Mittel, wie viel finanzielle Mittel wir im Verhältnis zum Gesamtaufwand im Kanton verwenden. Das ist doch entscheidend. Wenn wir damals Stellen transparent gemacht haben, die bisher als Aushilfsstellen oder wie auch immer mitgefahren sind, dann ist doch die Transparenz entscheidend und trotzdem, dass wir es transparent gemacht haben, alle Stellen aufgeführt haben, ist die Situation heute die, dass wir den tiefsten Wert im Verhältnis, im interkantonalen Verhältnis haben respektive die Hälfte des Durchschnittswerts der Personalaufwendungen im Verhältnis zu den entsprechenden Gesamtaufwendungen. Es ist mir einfach wichtig, damit nicht eine solche Zahl irgendwie unkommentiert im Raum stehen bleibt.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): 7. Schlussfolgerungen. Frau Kommissionspräsidentin? Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 8. Antrag. Wir kommen jetzt zur Abstimmung, denn wir sind mit der Beratung des Fraktionsauftrages BDP betreffend Stellenschaffungsstopp durch. Möchte irgendjemand auf einen Punkt zurückkommen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lese Ihnen den Antrag vor: Den Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp vom 9. Dezember 2020 im Rahmen des für die Jahre 2021–2024 geltenden finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 betreffend die Gesamtlohnsumme umzusetzen, Stellen zur Bewältigung von neuen Aufgaben und Anforderungen sind in erster Linie durch interne Verschiebungen bereitzustellen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der drücke die Taste Plus, wer den Antrag ablehnen möchte, die Taste Minus und Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben dem Antrag mit 104 Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

2. Der Grosse Rat stimmt dem Antrag der GPK und der Regierung mit 104 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Grossrätin Stiffler, wünschen Sie noch einmal das Wort? Ach

so. Sie wollten einfach einmal testen, ob es noch geht. Gut, dann kommen wir jetzt zur Jahresrechnung 2021 Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung, Departemente und richterliche Behörden. Wir beginnen mit dem Eintreten und ich gebe der Kommissionspräsidentin Silvia Hofmann zum Eintreten das Wort. Bitte, Frau Kommissionspräsidentin.

Jahresrechnung und Geschäftsberichte 2021 Grosser Rat, Regierung, allgemeine Verwaltung, Departemente und richterliche Behörden

Eintreten

Antrag GPK, Regierung, Kantons- und Verwaltungsgericht
Eintreten

Hofmann; GPK-Präsidentin: Vielen Dank. Die Geschäftsprüfungskommission hat die Jahresrechnung 2021 zuhänden des Grossen Rats vorberaten. Die Ausführungen und Anträge der GPK zur Jahresrechnung 2021 finden Sie neben anderen Angaben zum Amtsjahr 2021/2022 in unserem Tätigkeitsbericht im gelben Büchlein. Ich gehe an dieser Stelle daher nur auf einige ausgewählte Punkte zur Jahresrechnung ein. Die Erfolgsrechnung 2021 schliesst als Gesamtergebnis mit einem Ertragsüberschuss von 134,3 Millionen Franken ab. Der gute Abschluss ist darum bemerkenswert, weil einerseits mehr Belastungen von netto 87,6 Millionen Franken aufgrund der COVID-19-Pandemie zu verzeichnen waren und andererseits eine Reserve für die Umsetzung der ersten Etappe des Aktionsplans Green Deal von 67 Millionen Franken und eine Rückstellung von 10 Millionen Franken im Zusammenhang mit der Garantie für das geschlossene Rentnerwerk der Pensionskasse Graubünden gebildet wurden. Die Botschaft der Regierung zur Jahresrechnung enthält in Kapitel 2.3 Ausführungen zu den abschätzbaren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Kantonshaushalt. Neben diversen Minderaufwänden trugen teils nicht selbst beeinflussbare Mehrerträge zum guten Ergebnis bei. Dazu gehören der über den Erwartungen liegende Steuerertrag, die sechsfache Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, die Erträge aus der Stromverwertung und Konzessionen, die Kostgelder im Justizvollzugsbereich oder die Kursgewinne bei den Finanzanlagen. In der Investitionsrechnung 2021 ergaben sich Nettoinvestitionen von 189,4 Millionen Franken. Diese liegen deutlich unter dem Budget und auch unter dem Vorjahr. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 175,3 Prozent. In der Spezialfinanzierung «Strassen» ergaben sich deutlich unter den Erwartungen liegende Investitionsausgaben. So war aufgrund der Bestandesobergrenze von 100 Millionen Franken eine Übertragung von 6,3 Millionen Franken in den allgemeinen Finanzbereich zu tätigen und die budgetierte Zuweisung aus allgemeinen Staatsmitteln von 20,2 Millionen Franken entfiel. Mit der Jahresrechnung 2021 können gemäss Bericht der Regierung sieben von acht

finanzpolitischen Richtwerten eingehalten werden. Der Richtwert Nr. 3 betreffend Staatsquote wird mit der Jahresrechnung 2021 wiederum nicht eingehalten. Das Wachstum der Ausgaben im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie fällt höher aus als die Zunahme des geschätzten Bündner BIP, was zu einer Zunahme der Staatsquote führt. Das Eigenkapital steigt auf über 2,8 Milliarden Franken. Davon stuft die Regierung 627,8 Millionen Franken als frei verfügbar beziehungsweise 1126,2 Millionen Franken als verfügbar ein. Die Regierung hat die verwendeten Grössen «frei verfügbares Eigenkapital» und «zweckgebundenes Eigenkapital» in Artikel 2b der Finanzhaushaltsverordnung definiert und erläutert. Es handelt sich nicht um einen Bestandteil der Rechnungslegung, sondern um eine finanzpolitische Betrachtungsweise. Mit der Jahresrechnung 2021 unterbreitet die Regierung dem Grossen Rat ab Seite 114 der Botschaft auch eine Kurzbotschaft für einen Zusatzkredit für die Weiterführung der COVID-19-Abteilung beim Gesundheitsamt bis 2025. Der in der Dezembersession 2020 vom Grossen Rat gewährte Verpflichtungskredit «Führung COVID-19-Abteilung» soll damit um 3,2 Millionen Franken auf 8,5 Millionen Franken erhöht werden. Der finanzielle Ausblick auf das Jahr 2022 ist nicht einfach. Bisher hat die GPK hauptsächlich im Zusammenhang mit COVID-19 und mit dem Ukrainekrieg Nachtragskredite von brutto 80,1 Millionen Franken genehmigt, aus denen eine Nettobelastung von bis zu 49,1 Millionen Franken resultieren kann. Im Auge zu behalten sind gemäss Bericht der Regierung auch die Entwicklung der Teuerung, der Energiepreise und der Finanzmärkte. Mittelfristig gibt gemäss Finanzplanung neben den Aufwandsteigerungen vor allem die Ertragsentwicklung Anlass zur Sorge oder Unsicherheiten, beispielsweise beim NFA Bund und Kantone oder den vom Finanzmarkt abhängigen Erträge. Neben der zwischenzeitlich sistierten und nun laufenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung wird auch das sogenannte Vorgehenskonzept zur langfristigen Sicherung des Haushaltsgleichgewichts weiter zu verfolgen sein. Die aktuelle Finanz- und Vermögenslage des Kantons belässt zumindest zeitlich einen gewissen Spielraum für erforderliche Reaktionen bei einer Verschlechterung der Haushaltslage. Die GPK ist für Eintreten auf die Botschaft zur Jahresrechnung 2021 und unterstützt die Anträge der Regierung und der Gerichte.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Wünschen weitere Mitglieder der Kommission das Wort? Gibt es unter dem Titel allgemeine Diskussion Wortmeldungen? Können Sie ein wenig schneller drücken? Dann habe ich auch noch Zeit, das richtigzustellen. Grossrätin Stiffler, Sie haben das Wort.

Stiffler: Herr Standesvizepräsident, Ihr Tempo in Ehren, aber wir sind bei der Eintretensdebatte. Ist das richtig? Dann darf ich sprechen?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Selbstverständlich können Sie.

Stiffler: Habe ich dieses Mal richtig gedrückt?

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Dieses Mal haben Sie richtig gedrückt.

Stiffler: Dann starte ich. Danke. Ich spreche im Namen von der Fraktion, und ich bedanke mich für das wirklich tolle Ergebnis der Jahresrechnung 2021. Wir bedanken uns für die umsichtige Planung und die sorgfältig budgetierte Rechnung. Dieses gute Resultat ist alles andere als selbstverständlich, da die Planung für das Jahr 2021 ja bekanntlich im 2020 gemacht wurde, also im ersten Corona-Jahr und niemand konnte damals ahnen, wie das 2021 aussehen würde, was für coronabedingte Ausgaben oder Mindereinnahmen auf den Kanton zukommen. So haben Sie, liebe Regierungsräte, eine Planung angehen müssen, bei der noch viele Unsicherheiten bestanden haben. Natürlich ist das Ergebnis unter anderem auch dank der hohen Erträge der SNB und dank hohen Mitteln aus dem nationalen Ressourcenausgleich so gut. Die GPK-Präsidentin Silvia Hoffmann hat das vorhin auch erwähnt. Und ebenfalls sehr positiv einbezahlt haben hohe Steuererträge, hohe Spezialsteuern und Grundstücksgewinnsteuern und das, und das muss ich jetzt einfach platzieren, obwohl der Grosse Rat in der aktuellen Legislaturperiode im Lead der FDP-Fraktion drei Steuersenkungen bei den natürlichen und juristischen Personen beschlossen hat. Die aktuelle Finanzlage im Kanton ist aber auch unter anderem so gut, weil die finanzpolitischen Richtwerte eingehalten wurden. Aus Sicht unserer Fraktion sind diese Richtwerte auch in Zukunft unbedingt hoch zu halten. Wenn wir aber nun in die Zukunft blicken, oder besser gesagt, in das aktuelle Weltgeschehen blicken, dann kommen eben doch unsichere Zeiten auf uns zu. Erstens sind da die Folgen der Pandemie. Die Folgekosten im Sozial- und Gesundheitsbereich sind schlicht noch nicht absehbar. Zweitens haben wir wegen des Krieges in der Ukraine langfristige Rohstoffverteuerungen und Verzögerungskosten in den Lieferungen. Zudem kommen hohe Kosten im Flüchtlingswesen auf uns zu, und das trotz der gelebten Solidarität, die ich persönlich auch sehr hoch gewichte. Es sind zwei Beispiele, die zeigen, was alles auf uns zukommt, oder zukommen könnte, und wie unsicher die Zeiten eigentlich sind. Daher müssen wir froh sein, überhaupt solch ein gutes finanzielles Polster zu haben. Dann möchten wir daran erinnern, wir haben es heute auch schon diskutiert, dass alle, die in den letzten Jahren in diesem Rat beschlossenen Investitionen viel Geld kosten: Green Deal, Digitalisierung, Campus FHGR. Es wäre somit falsch, jetzt neue Investitionen zu tätigen, obwohl die Gelüste natürlich mit solch einer gut gefüllten Kasse schnell wach werden. Wir sollten weitere Mehrinvestitionen oder neue Projekte vermeiden und uns für Graubünden auf das Wesentliche konzentrieren, nämlich, dass wir ein attraktiver Kanton für Familien und für die Wirtschaft sein wollen, dass wir in der Digitalisierung und in den sehr herausfordernden ökologischen Themen vorwärts machen müssen. Neue Projekte hingegen generieren meist auch neue Stellen in der Verwaltung oder erhöhen die Beiträge an Dritte und blähen den Verwaltungsapparat insgesamt auf. Wenn wir also einen Blick auf das Regierungsprogramm mit all seinen Entwicklungsschwerpunkten werfen, dann ist dieses

Programm bereits mit hohen Investitionen gefüllt. Es gilt also die Ausgabenfreude mit Vorsicht zu geniessen und sektoralpolitische Begehrlichkeiten sehr genau zu hinterfragen. Wir Grossrätinnen und Grossräte haben eine grosse finanzielle Verantwortung, und das heisst: Mass halten mit neuen Ausgaben, mit neuen Investitionen, denn jede Investition hat Folgekosten. Stattdessen müssen wir uns fragen, wie wir im interkantonalen Vergleich attraktiv bleiben oder besser werden können. Andere Kantone wollen auch attraktiver werden. Wir sind also nicht allein. Die OECD-Mindestbesteuerung wird zur Anheizung des interkantonalen Finanzausgleichs führen. Jeder Kanton will seine Attraktivität steigern. Da müssen wir uns im Kanton gut rüsten. Nun, wie kann der Kanton Graubünden attraktiver werden? Steuersenkungen wären eigentlich bei diesem wiederum angewachsenen Eigenkapital und bei den auf mehrere Jahre gesicherten Sonderausschüttungen der SNB der richtige Zeitpunkt. Die FDP wird folglich in der Budgetdebatte im Dezember mit grosser Wahrscheinlichkeit einen Antrag auf Steuersenkungen stellen. Wir sind für Eintreten.

Baselgia-Brunner: Die SP-Fraktion hat ebenfalls Kenntnis genommen von der neuesten Jahresrechnung und stellt fest: Es bleibt alles beim Alten, oder wie mein Sitznachbar Caviezel jeweils zu sagen pflegte: «Und jährlich grüsst das Murmeltier». Wir budgetieren Defizite und machen satte Gewinne und noch immer wird dies mit Sondereffekten begründet. Auch wenn einige dieser Effekte seit Jahren mit grosser Zuverlässigkeit immer wieder eintreffen wie z. B. die Steuereinnahmen, welche im letzten Jahr 75 Millionen Franken höher waren als budgetiert. Da wäre wohl eine optimistische oder wenigstens realistische Budgetierung in Zukunft dringend angezeigt. Das Eigenkapital ist um fast 200 Millionen Franken erneut deutlich angewachsen und auch das frei verfügbare Eigenkapital hat sich um über 70 Millionen Franken erhöht. All das, und da gehe ich mit Grossrätin Stiffler einig, all das ist ja eigentlich erfreulich, weil damit unsere Möglichkeiten für sinnvolle Investitionen steigen. Erfreulich ist das aber nur, wenn wir diesen finanziellen Spielraum auch zu Gunsten unseres Kantons und unserer Bevölkerung nutzen. Und da kommen wir halt wieder zu den Richtwerten. Leider verhindert der finanzpolitische Richtwert 2 im Bereich Investitionen eine sinnvolle Investitionstätigkeit in unserem Kanton. Der finanzpolitische Richtwert erlaubt die Budgetierung von maximal 170 Millionen Franken für Nettoinvestitionen. Und Sie wissen es alle, es liegt in der Natur der Sache, dass im Bereich der Investitionen die vollständige Ausschöpfung des Budgetbetrags nie erreicht werden kann, weil es bei Investitionen fast immer Verzögerungen bei Planung und Realisierung gibt. So konnten auch im vergangenen Jahr wie schon 2020 wiederum nur knapp 70 Prozent der budgetierten Nettoinvestitionen ausgeschöpft werden. Und damit sind wir bei einem Selbstfinanzierungsgrad von sagenhaften 175 Prozent gelandet, was auch gemäss Regierung deutlich über dem Zielpfad von 80 bis 100 Prozent liegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es heute Nachmittag schon mehrmals gehört: Es liegen wichtige und gute Projekte für unseren Kanton bereit wie z. B. die Digitalisierung

und der Green Deal, und wir haben die finanziellen Möglichkeiten hier zügig voranzugehen. Grossrätin Stiffler hat heute bei der Erfolgskontrolle gesagt: «Warten ist richtig teuer. Denken Sie an die Opportunitätskosten.» Ich gehe da mit ihr vollkommen einig. Wir sollten nicht zuwarten. Wir müssen diese Vorhaben zügiger voranbringen. Und zugegeben, aufgrund der aktuellen Lage ist es sehr herausfordernd, Projekte zeitnah realisieren zu können. Die Pandemie und der Ukrainekrieg haben da einen deutlich negativen Einfluss, und zudem fehlt es fast in allen Bereichen an genügend Fachkräften. Ich meine aber, umso wichtiger ist es, dass wir unseren Kanton nicht durch zweifelhafte finanzpolitische Richtwerte, unnötige Stellenschaffungsrestriktionen, unattraktive Rahmenbedingungen für Kantonsangestellte sowie ungenügende und teure Kinderbetreuungsangebote in eine noch schlechtere Ausgangslage bringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es in der Hand, und wir haben die finanziellen Mittel, um unseren Kanton jetzt und nicht erst irgendwann nachhaltig weiterzuentwickeln.

Dürler: Die SVP-Fraktion hat an den Fraktionssitzungen die Jahresrechnung unseres Kantons vom Rechnungsjahr 2021 durchberaten. Auch wir bedanken uns bei dem Departement und beim Amt für die gewohnt hohe Qualität und hohe Transparenz des Berichts. Bedanken können wir uns auch bei der Schweizerischen Nationalbank und der Börse, welche viele zusätzliche Millionen Franken in diese Jahresrechnung fliessen liessen. Dass der finanzpolitische Richtwert Nr. 3 bei den Staatsquoten nicht eingehalten wurde, wird im Bericht mit den ergriffenen Massnahmen und Kosten zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie begründet. Hier gilt es darauf zu achten, dass die Korrektur der höheren Kosten in rascher Zukunft erfolgen wird. Ich bin mit meiner Vorrednerin einig, dass es schade ist, für uns ist es immer noch zu tief, der Ausschöpfungsgrad bei den realisierten Nettoinvestitionen im Vergleich zum Budget. Wie bereits mehrmals hingewiesen, ist gerade in den guten Rechnungsabschlussjahren diese Quote so hoch wie möglich zu halten, da ja sonst auch der Richtwert Nr. 2 nicht ausgeschöpft und eben auch nicht in die Zukunft transferiert werden kann. Am meisten Dank muss man meiner Meinung nach der Bündner Bevölkerung aussprechen. Aufgrund der heute mehrmals gehörten sehr guten Ergebnisse in den letzten Jahren haben sie nämlich auf die längst fällige Steuerreduktion verzichtet, also auf Geld, welches schlussendlich ihnen zusteht. Für diese längst notwendige Steuerreduktion wird sich unsere Fraktion in der neuen Legislatur einsetzen. Eine Fraktion wird uns ja begleiten, mithelfen oder wie wir das dann anstellen. Wir sind selbstverständlich für Eintreten.

Bettinaglio: Wir haben es vernommen. Die Jahresrechnung 2021 hat hochofreulich abgeschlossen, und dies trotz 87,6 Millionen Franken ausserordentlicher COVID-19-Belastung sowie der Bildung einer Reserve für die erste Etappe Green Deal von 67 Millionen Franken. Alle tiefschwarz gezeichneten Wolken scheinen nun verflogen. Gegenüber dem Finanzplan 2021-2024 liegen wir bei den Einnahmen im Jahr 2021 rund 200 Millionen

Franken über den geplanten Einnahmen für das Jahr 2021. Die Befürchtungen der negativen Auswirkung der Pandemie auf die Steuererträge sind nicht eingetreten. Dies trifft auch auf die vielbeschworenen negativen Auswirkungen der STAF zu. Kollegin Stiffler hat darauf hingewiesen. Nach den erwähnten einmaligen ausserordentlichen Aufwendungen der Pandemie und der Reservebildung resultiert immer noch ein Überschuss von rund 134 Millionen Franken. Für einmal möchte auch ich die Vergangenheit nicht noch weiter kommentieren. Das haben meine Vorredner und Vorrednerinnen wie erwartet auch nicht gemacht. Vielmehr stellt sich mit diesem Überschuss die offensichtliche Frage, was wir mit den Überschüssen und dem neuerdings nicht mehr so getrübbten Ausblick anfangen. Das zeigt auch die bisherige Debatte. Die Begehrlichkeiten wachsen. Kollegin Baselgia hat für die SP die Diskussion auch in diese Richtung lanciert. Aus Sicht der Mitte besteht die Gefahr, dass wir die vorhandenen Mittel, sie sind ja da, auch dort ausgeben, wo sie für den Kanton keinen nachhaltigen Nutzen bringen. Darauf wird die Mitte-Fraktion achten. Zudem stellt sich auch unweigerlich die Frage nach Steuersenkung. Kollegin Stiffler hat die Diskussion in diese Richtung lanciert. Gezielte Entlastungen sind auch für die Mitte-Fraktion mit den vorliegenden Jahresergebnissen im Fokus. Prioritär sind steuerliche Entlastungen von Familien und steuerliche Entlastung von pflegenden Familienangehörigen. Die Mitte-Fraktion wird die Weiterdiskussion gespannt verfolgen, und es wird uns sicher in der neuen Legislatur weiter beschäftigen. Die Mitte ist für Eintreten und wird die Anträge zur Jahresrechnung unterstützen.

Hohl: Auch von meiner Seite vorneweg: Herzliche Gratulation zu diesem fantastischen Jahresabschluss in einer sehr, sehr schwierigen Zeit. Ich denke, es ist wirklich auch Ihr Verdienst, und da schliesse ich mich Regierungsrat Rathgeb jetzt wirklich auch an. Wenn man die Ausgabendisziplin anschaut, das ist sicher der Wert, den uns die Verwaltung in diesem Jahr beschert hat und auch die ganze COVID-19-Pandemie, wie Sie uns hier durchgeführt haben, das verdient Respekt. Ratskollege Dürler hat es aber auch richtig gesagt. Natürlich ist auch der Bevölkerung zu massgeblichen Teilen zu danken, denn wir verstossen ja, wie ich schon letztes Mal ausgeführt, als wir den Steuersenkungsvorstoss der FDP diskutiert haben, eigentlich schon etwas länger gegen Art. 93 der Kantonsverfassung, der da sagt: Der Finanzhaushalt soll unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung mittelfristig ausgeglichen sein. Seit 2010 haben wir in der Tat nämlich rund 1 Milliarde Franken, mal etwas mehr, mal etwas weniger, auf der hohen Kante, mal ist etwas mehr zweckgebunden, mal etwas weniger. Aber diese Milliarde Franken, von der sprechen wir schon sehr, sehr lange. Und wir sprechen schon sehr, sehr lange von grauen Wolken, von schwarzen Wolken. Wir sprechen von Investitionen, die getätigt werden müssen. Wir haben Investitionen getätigt, die heute schon finanziert sind, bevor sie gebaut sind. Von daher muss ich sagen, wenn nicht jetzt, wann dann? Aus der letzten Session nehme ich mit, dass momentan Entlastungen steuerlicher Natur für juristische Personen vermutlich in diesem Rat

nicht mehrheitsfähig sind. Und ich denke, wenn man sieht, was wir in dieser Legislatur gemacht haben, dann kann ich das auch gewissermassen nachvollziehen, auch wenn die OECD-Mindestbesteuerung uns sicher auch hier fordern wird. Aber ich denke auch, die natürlichen Personen müssten eigentlich jetzt von dieser Situation, wie sie sich heute darstellt, profitieren. Und auch hier schliesse ich mich bei Ratskollege Bettinaglio an, wenn man sich überlegt, wo diese Verbesserungen eigentlich anfallen sollten. Von daher, Sie können so sicher sein wie das Amen in der Kirche, Steuersenkungen werden wir hier im Rat, im neuen Parlament, diskutieren. Wir werden sehr bestrebt sein, dieses im Gegensatz zu, vielleicht im Wahlkampf als Fraktionsvorstoss, merkt man immer, dass es nicht so erfolgsversprechend, wie man anfänglich denkt, aber, wenn wir das parteienübergreifend angehen, bin ich überzeugt, dass wir hier gute Lösungen finden im Sinne der Steuerzahler, die seit 2009 nämlich 41 Prozent mehr Steuern hier abliefern als in diesem Vergleichszeitraum zu Beginn. Und von daher freue ich mich sehr auf diese Debatten, und nochmals herzlichen Dank an die Regierung und an die kantonale Verwaltung.

Caviezel (Chur): Es ist ja für den Regierungsrat, so wie für mich, eine *Dernière*, diese Rechnung zur Kenntnis zu nehmen. Und es ist für mich auch eine *Dernière*, dass Sie mit so vielem von dem, was im Vorfeld jetzt in dieser Eintrittsdebatte gesagt wurde, einverstanden waren. Ich glaube, Kollege Bettinaglio hat den richtigen Punkt gebracht, und er hat gesagt: «Wir müssen vorrausschauen und uns die Frage stellen, was man mit diesem Rechnungsergebnis jetzt entsprechend machen muss.» Viele haben ja gesagt, es ist fantastisch, hervorragend, etc. Ich möchte den Reigen nicht zu stark irgendwie sprengen und da eine andere Position reinbringen, aber Kollege Hohl hat wirklich recht. Weil es ist nicht Selbstzweck eines Kantons, einfach Geld auf die hohe Kante zu legen. Und seit fast 20 Jahren, seit 2003, machen wir regelmässig Überschüsse. Überschüsse im dreistelligen Millionenbereich. Und der Art. 93 der Verfassung ist eigentlich 100 Prozent klar. Dort steht: Der Finanzhaushalt soll unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung mittelfristig ausgeglichen sein. Das ist er nicht? Das ist er schlichtweg nicht. Weil wir nehmen zu viel ein. Wir haben es auch wieder gesehen, auf Seite 85 der Rechnung steht es: Wir haben 197 Millionen Franken mehr Eigenkapital als im letzten Jahr. Jetzt vielleicht zuerst die Frage: Warum ist das so? Und das ist, glaube ich, das Problem. Das wird auch das Problem sein, wenn Sie entsprechend Steuern senken wollen, und das muss man im Sinne eines Ausblicks zuerst anschauen. Das Problem, und dazu habe ich dann auch eine Frage, ist unser Richtwert 1. Wir haben im Richtwert 1 die Vorgabe, dass man nicht mehr als 50 Millionen Franken negativ budgetieren kann. Sie schreiben aber, Herr Regierungsrat, auf Seite 80, dass in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt die Budgetrechnungsabweichung 119 Millionen Schweizer Franken waren. Das heisst, in der Realität budgetieren wir nicht ein Minus von 50 Millionen Franken, was eigentlich maximal erlaubt wäre, sondern eben ein Plus von 69 Millionen Franken. Und das

führt dazu, dass wir zunehmend immer mehr Geld anhäufen. Selbst Kollege Hohl, wenn Sie die Steuersenkung machen würden, und Sie wissen, bei natürlichen Personen kann man mit uns sprechen, dann würde das dazu führen, dass wir die Steuereinnahmen auf der Einnahmeseite tiefer schätzen müssten, dementsprechend weniger Einnahmen hätten, und dann auf der Ausgaben-seite auch kürzen müssten. Also das ist das Problem dieses zu rigiden finanzpolitischen Richtwerts. Selbst wenn wir Steuersenkungen machen möchten und wir noch viel Eigenkapital haben, um das zu verwenden, können wir es nicht sinnvoll machen, weil wir Gleiches mit Ausgabenkürzungen, die nicht nötig wären, verkoppeln müssen, und dann gäbe es negative Effekte für die Bevölkerung, statt die positiven, die man eigentlich über die Steuersenkung wünscht. Deshalb meine Frage, Herr Regierungsrat, das wird vielleicht Sie dann auch nicht mehr so stark betreffen, aber Ihren Nachfolger, der aus der gleichen Partei ist: Prüfen Sie. Prüfen Sie ernsthaft Alternativen zum Richtwert 1. Ich glaube, die Richtwerte an sich sind in diesem Rat ja der heilige Gral und sind unbestritten, aber ich finde, man sieht in der Zwischenzeit schon auch, dass dieser Richtwert 1 gewisse Probleme hat, und deshalb meine ehrliche Frage an Sie: Sind Sie bereit, Alternativen für diesen entsprechenden Richtwert zu finden? Das müssen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die dann noch in Zukunft hier sein werden, müssen Sie zuerst machen, und dann soll eine politische Diskussion stattfinden, ob man Steuern senken will oder wo man noch mehr Ausgaben machen muss. Und ich habe von Kollege Hohl gehört, mit Freude, dass er bereit ist für überparteiliche Fragen, ab August wird die SP die zweitstärkste Fraktion sein. Sprechen Sie mit uns, sprechen Sie, wo man mehr Geld ausgeben könnte, z. B. zum Thema familienergänzende Massnahmen. Aber, und das wissen Sie auch, wir sind auch bereit für Steuersenkung bei natürlichen Personen, wenn es dort die Leute trifft, die dann auch eine entsprechende Kaufneigung haben, die dann entsprechend auch die Wirtschaft wieder stimulieren. Ich glaube, es gibt beide Wege, ich glaube, bei diesen Überschüssen, die wir hier haben, und das haben wir auch bei der Staatsreform gesagt, ist auch nicht völlig unberechtigt, über Steuersenkung nachzudenken. Wir haben uns stark auch dagegen gewehrt in der Vergangenheit, immer weil die Falschen davon profitiert haben, aber über geschickte Steuersenkung bei natürlichen Personen kann man ernsthaft diskutieren. Und ich glaube, wenn man das, was Kollege Stiffler, die jetzt leider nicht mehr hier ist, gesagt hat, dass wir einen attraktiven Kanton für Arbeitsplätze und Familien sein wollen, dann gibt es auch dort noch das Eine und Andere zu tun. In diesem Sinne bin ich gespannt, was der Herr Regierungsrat zum finanzpolitischen Richtwert 1 sagt. Hier haben wir ein ernsthaftes Problem, es ist nicht die Aufgabe dieses Rats und der Regierung, eine Bank zu spielen, sondern unsere Aufgabe ist, das Zusammenleben möglichst gut zu organisieren, für Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit zu sorgen, und das schaffen wir mit diesem Richtwert nicht genügend gut, wie wir es eigentlich sollten.

Loepfe: Die beiden Voten von Kollege Hohl und Kollege Caviezel haben mich jetzt doch getriggert. Also ich muss Ihnen sagen, ich habe das Gefühl, ich sitze im falschen Rat. Jetzt haben wir auf einmal die Situation, dass hier Steuersenkungen von der FDP und der SP diskutiert werden, wo ich sagen muss, wenn wir in einer stabilen geopolitischen Lage und in einer stabilen Wirtschaftslage wären, könnten wir diese Diskussion führen. Aber das sind wir nicht. Sie leben irgendwo in einer anderen Welt als ich. Wenn Sie schauen, was in der Welt geht, wenn Sie schauen, wie unsere supply Chain, unsere Wertketten, gefährdet sind, wenn wir sehen, was mit der Globalisierung oder jetzt Deglobalisierung läuft, dann haben wir so viele Risiken. Jetzt, genau jetzt, haben wir so viele Risiken, dass wir nicht hingehen können und unser Eigenkapital reduzieren. Wir brauchen das, um genau diese Risiken hier tragen zu können. Wir wissen nicht, was auf uns zukommt. Ich sage es nochmals: Wenn wir eine stabile Lage hätten, wäre ich Ihrer Meinung. Wir haben es aber nicht. Machen Sie die Augen auf. Sehen Sie, wo wir momentan sind in der Welt, und dann sehen Sie, dass wir jetzt aufpassen müsse. Und wenn sich das Ganze mal ein bisschen beruhigt hat, können wir diese Diskussion wieder führen. Aber bitte nicht jetzt.

Standesvizerepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Die Diskussion scheint erschöpft zu sein. Und ich frage Sie an, Herr Regierungsrat, wünschen Sie das Wort?

Regierungsrat Rathgeb: Ich bin froh, dass ich sprechen darf, denn pfeifen wie ein Marmeladentier, könnte ich nämlich nicht, Grossrat Caviezel. Es freut mich, mit Ihnen in die Diskussion über die Jahresrechnung 2021 eintreten zu können. Sie ist die erste Rechnung innerhalb der Finanzplanperiode 2021-2024. Der Abschluss 2021 ist erfreulich, solid und zeigt beachtlich positive Werte. Dies ist alles andere als selbstverständlich und konnte im zweiten Jahr der Pandemie so auch nicht vorausgesehen werden. Ich verzichte darauf, über die einzelnen Positionen des Jahresabschlusses vertieft Ausführungen zu machen. Die Rechnungsbotschaft berichtet ausführlich über den aktuellen Stand des Kantonshaushalts sowie über alle wesentlichen Rechnungspositionen und Ergebnisse. Der Bericht der GPK, vielen Dank, GPK-Präsidentin Grossrätin Hofmann, ist in dieser Sicht eine wertvolle Ergänzung.

Für die sehr gute Jahresrechnung 2021 dürfen wir uns angesichts des zweiten Pandemiejahrs freuen sowie in besonderer Weise auch dankbar sein. Die Vermögens- und Finanzlage des Kantons ist nach wie vor sehr solid. Sieben der acht finanzpolitischen Richtwerte werden eingehalten. Nicht eingehalten wird der Richtwert Nr. 3 betreffend die kantonale Staatsquote. Die Ursache für das Nichteinhalten der dritten finanzpolitischen Vorgabe liegt, wie auch bereits gesagt, im starken Wachstum der Gesamtausgaben im Zuge der ergriffenen Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie. Die Gesamtausgaben haben im Vorjahresvergleich ohne durchlaufende Beiträge und ohne interne Verrechnungen um mehr als elf Prozent zugenommen. Der Grossteil dieser Zunahme hat der Bund mittels Beiträgen finanziert. Dies hat das sehr gute Gesamtergebnis des Kantons geprägt. Ich werde

etwas später auf diesen Aspekt noch einmal zurückkommen.

Werfen wir nun aber einen Blick auf die Eckwerte unserer Kerngeschäfte. Das Gesamtergebnis 2021 zeigt einen eindrucksvoll hohen Ertragsüberschuss von eben 134 Millionen Franken. Das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung weist einen leicht höheren Ertragsüberschuss von 139 Millionen Franken aus. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 60 Millionen Franken. Dieses überaus gute Ergebnis mag prima vista überraschen. Im interkantonalen Vergleich nehmen wir damit aber keine Sonderstellung ein. Die meisten Kantone haben im Jahre 2021 trotz Pandemie gut und deutlich besser abgeschlossen als budgetiert. Der operative Ertragsüberschuss des Kantons Graubünden von 139 Millionen Franken für das Jahr 2021 entspricht etwa fünf Prozent der operativen Gesamtaufwendungen. In diesem positiven Kontext abgeschlossen haben beispielsweise auch die Kantone Zürich mit 4,2 Prozent, Luzern sogar mit rund 6,6 Prozent und Schwyz mit etwa 12,9 Prozent, Thurgau mit 5,2 Prozent und St. Gallen mit 2,8 Prozent. Gründe für diese guten Abschlüsse sind generell hohe Gesamterträge, seien es die hohe beziehungsweise sechsfache Gewinnausschüttung der SNB im Zusammenhang mit der im Frühjahr 2021 neu abgeschlossenen Vereinbarung oder relativ hohe Steuererträge infolge der doch guten Wirtschaftslage. Auch ihnen hat die hohe Kostenübernahme des Bundes für die Pandemiebewältigung sehr geholfen.

Wie bereits im Vorjahr stellte die Pandemie auch im Jahre 2021 den Kantonshaushalt in vielerlei Hinsicht auf die Probe. Zur Pandemiebewältigung haben wir situativ und laufend gezielte Massnahmen ergriffen. Diese Massnahmen erfolgten in Ergänzung zu den umfangreichen Bundesmassnahmen. In diesem Zusammenhang haben wir insbesondere die Härtefallmassnahmen für Bündner Unternehmen ergriffen, eine umfangreiche Impf- und Teststrategie umgesetzt, die Ertragsausfälle der Spitäler, im Gegensatz zu anderen Kantonen, ausgeglichen, den öffentlichen Verkehr sowie die kulturellen und sportlichen Einrichtungen gefördert. Das von Ihnen in der Dezembersession 2020 behandelte Budget 2021 berücksichtigte pandemiebedingt Mehrausgaben ausschliesslich für die Führung der COVID-19-Abteilung beim Gesundheitsamt von brutto 2,7 Millionen Franken. Zudem wurde aufgrund der erwarteten pandemischen Folgen auf die Wirtschaftsentwicklung in Graubünden mit Steuerausfällen von rund 50 Millionen Franken gerechnet. Sowohl der Bund wie auch die anderen Kantone haben Steuerausfälle in ähnlicher Grössenordnung in ihren Budgets berücksichtigt. Ergänzend zum Budget hat die GPK auf Antrag der Regierung im Laufe des Jahres 2021 total 16 Nachtragskredite von brutto 251 Millionen Franken bewilligt. Zum Zeitpunkt der Antragsstellung bestand grosse Unsicherheit darüber, wie stark sich der Bund an den pandemiebezogenen Kosten auch wirklich beteiligen würde. Der Bund hat vor allem für die Umsetzung der kantonalen Impf- und Teststrategie deutlich mehr Kosten übernommen, als wir das ursprünglich erwartet haben. Im Jahre 2021 sind dem Kanton pandemiebedingt Mehrbelastungen von brutto 316 Millionen Franken entstanden. Darin enthalten sind auch 15 Millionen Franken

geschätzte Mindererträge bei den Kantonssteuern. 228 Millionen Franken, und damit den Löwenanteil der Mehrausgaben, hat, wie gesagt, der Bund glücklicherweise übernommen.

Werfen wir noch einen Blick auf die Entwicklung des Kantonshaushalts im Vorjahresvergleich. Gegenüber der Vorjahresrechnung wächst der operative Gesamtaufwand um knapp 210 Millionen Franken. Von allen Sachgruppen, zu denen auch Personal- und Sachaufwendungen gehören, haben allen voran die Kantonsbeiträge an Dritte mit einer Zunahme von genau 200 Millionen Franken wesentlich zu diesem Wachstum beigetragen. Wie bereits erwähnt, ist dieser Ausgabensprung auf die ergriffenen Härtefall- und Unterstützungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Pandemiebewältigung zurückzuführen. Der operative Gesamtertrag wächst gegenüber dem Vorjahr um 270 Millionen Franken. Der grösste Teil stammt aus dem Transferertrag, wo neben höheren Anteilen an der direkten Bundes- und der Verrechnungssteuer mit insgesamt 22 Millionen Franken auch die Bundesbeiträge an die Härtefallmassnahmen mit 165 Millionen Franken vereinnahmt werden konnten. Im Gegensatz dazu ist der kantonseigene Fiskalertrag um knapp 17 Millionen Franken gesunken. Zu beachten gilt es, dass sich das Ertragsjahr 2021, ausser für die Quellensteuern der natürlichen Personen, auf das Steuerjahr 2020 bezieht. Erstmals spürbar im Rechnungsjahr 2021 sind somit die Folgen der Pandemie. Die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen haben um 16 Millionen Franken sowie die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen um knapp 11 Millionen Franken abgenommen. Auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind leicht rückläufig. Die Grundstücksgewinnsteuern hingegen haben sich mit 7 Millionen Franken nochmals deutlich erhöht. Für die Quellensteuern entspricht das Steuerjahr dem Ertragsjahr. Im Vergleich mit dem Vorjahr sind die Erträge aus den Quellensteuern um 3 Millionen Franken höher ausgefallen.

Das ausserordentliche Ergebnis weist per Saldo einen Aufwandüberschuss von 5 Millionen Franken auf, was einer Zunahme von 8 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr entspricht. Auf der Aufwandseite schlägt die Reservebildung für die Umsetzung der ersten Etappe des Aktionsplans Green Deal mit 67 Millionen Franken zu Buche. Auf der Ertragsseite wird dieser ausserordentliche Aufwand durch hohe buchmässige Aufwertungsgewinne im politischen Interesse gehaltenen Finanzanlagen wie die Repower-Aktien, die Partizipationsscheine der GKB oder die Ems Chemie-Aktien beinahe kompensiert. Deren Marktbewertungen haben im sehr positiven Börsenjahr 2021 zu hohen Aufwertungsgewinnen in der Grössenordnung von 56 Millionen Franken geführt. Hierbei gilt zu beachten, dass diese Aufwertungsgewinne im Wesentlichen nur Buchgewinne darstellen, die erst zum Zeitpunkt der Veräusserung der Vermögenswerte in Liquidität umgewandelt werden können. Ebenfalls im ausserordentlichen Ertrag enthalten sind die Entnahmen aus Vorfinanzierungen. Von der Reserve für die Finanzierung von systemrelevanten Infrastrukturen wurden 2,4 Millionen Franken entnommen. Ergänzend dazu wurden der Reserve für den Neubau des RhB-

Albulatunnels Mittel von 2 Millionen Franken entnommen. Eine weitere Million Franken wurde aus der Reserve für die Förderung der digitalen Transformation aufgelöst.

Alles in allem, ausgehend von einem operativen Ertragsüberschuss von 139 Millionen Franken, führt das ausserordentliche Ergebnis mit einem Aufwandüberschuss von 5 Millionen Franken dazu, dass im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung ein Ertragsüberschuss von 134 Millionen Franken resultiert.

Ich gehe noch ganz kurz auf die kantonale Investitionstätigkeit ein, die ja vorhin in der Eintretensdebatte auch angesprochen wurde. Die Nettoinvestitionen belaufen sich im Jahr 2021 auf 189 Millionen Franken und befinden sich damit weiterhin auf einem hohen Niveau. Gegenüber dem Vorjahr sind diese jedoch um 11 Millionen Franken zurückgegangen. Hauptgründe dafür sind die Fertigstellung der Grossprojekte Verwaltungszentrum «sinergia» und der Justizvollzugsanstalt Cazis Tignez mit Restkosten im Jahre 2021. Im Budgetvergleich sind die realisierten Nettoinvestitionen um 82 Millionen Franken tiefer ausgefallen. Die Ausschöpfungsquote der budgetierten Nettoinvestitionen liegt damit bei lediglich knapp 70 Prozent. Dieser Wert ist in der Tat sehr tief. Im Corona-Jahr 2021 sind beim Kanton wie auch bei Dritten grössere Verzögerungen bei Investitionsprojekten zu verzeichnen. Mit einer Ausschöpfungsquote von lediglich 58,5 Prozent am stärksten betroffen ist die Strassenrechnung. Während die Bundesbeiträge im Wesentlichen pauschal ohne direkte Projektabhängigkeit fliessen und im Jahre 2021 den Budgetwert annähernd erreicht haben, sind die Ausgaben für den Ausbau des Strassennetzes weit unter den Erwartungen geblieben.

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen beträgt gut 175 Prozent. Dieser Wert zeigt, dass wir im Jahre 2021 nicht nur unsere Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln finanzieren konnten, sondern ergänzend dazu gar einen Finanzierungsüberschuss erzielt haben. Dank der geringen Verschuldung und des hohen Finanzvermögens weisen wir ein Nettovermögen pro Einwohner von gut 8321 Franken aus. Kurzum, unsere Vermögens- und Finanzanlage ist gesund, und, es wurde schon gesagt, solider denn je.

Ein besonderes Jahresergebnis zeigt die Spezialfinanzierung «Strassen». Die Strassenrechnung weist im Jahre 2021 noch vor der Zuweisung von allgemeinen Staatsmitteln einen Einnahmenüberschuss von 6 Millionen Franken aus. Vorgesehen war eine Einlage aus allgemeinen Staatsmitteln von 20 Millionen Franken und zugleich ein Ausgabenüberschuss mit einem Abbau des Strassenvermögens von ebenfalls 20 Millionen Franken. Insgesamt beträgt die Verbesserung des Rechnungsergebnisses gegenüber dem Budget damit rund 46 Millionen Franken. Dies ist die bisher höchste Differenz, die vor allem auf geringere Investitionsausgaben aufgrund von Projektverzögerungen bei den Haupt- und Verbindungsstrassen zurückzuführen ist. Der Überschuss von gut 6 Millionen Franken wurde an den allgemeinen Finanzbereich übertragen. Das Strassenguthaben verbleibt zum Jahresende auf dem gesetzlichen Maximum von 100 Millionen Franken.

In diesem Zusammenhang verdient auch der Eigenkapitalausweis Beachtung. Das ausgewiesene Gesamteigenkapital beträgt am Jahresende 2,8 Milliarden Franken. In der finanzpolitischen Betrachtungsweise ist ausschliesslich das verfügbare Eigenkapital in der Grössenordnung von 1,1 Milliarden Franken relevant. Ich bin der GPK dankbar für die klärenden Hinweise in ihrem Bericht. Frei verfügbares Eigenkapital liegt im Umfang von knapp 628 Millionen Franken vor. Im Vorjahresvergleich hat es um gut 75 Millionen Franken zugenommen. Das spezialfinanzierungs- und reservengebundene Eigenkapital beträgt inzwischen knapp 500 Millionen Franken. Es hat um 63 Millionen Franken zugenommen, was vor allem auf die Bildung der Reserve von 67 Millionen Franken für die erste Etappe Green Deal zurückzuführen ist. Dank diesen Zunahmen verfügen wir weiterhin über einen sehr robusten Eigenkapitalbestand. Das ist sicherlich beruhigend vor dem Hintergrund des aktuellen Umfeldes, das Grossrat Loepfe angesprochen hat, aber auch vor dem Umstand, dass wir grosse Generationenprojekte zu bestreiten und zu finanzieren haben. Zu beachten gilt im Weiteren, dass wir rund 200 Millionen Franken als antizyklischer Kapitalpuffer für eine allfällige Defizitperiode beziehungsweise für konjunkturell schlechte Zeiten behalten sollten. Ein derartiger Kapitalpuffer ist nötig, um nicht auf Vorrat ein Entlastungspaket schnüren zu müssen, sondern erst, wenn in einer Jahresrechnung ein strukturelles Defizit vorliegt. Wir werden bei verschiedenen Vorhaben auf das frei verfügbare Eigenkapital zurückgreifen müssen, sei es z. B., um die Wasserkraftstrategie mit höheren Beteiligungen umzusetzen oder wenn anstehende andere Grossprojekte, sie wurden heute erwähnt, oder auch der Green Deal, weitere Mittel benötigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage von Grossrat Caviezel in Bezug auf den Richtwert Nr. 1 beantworten. Ich kann Ihnen sagen, obwohl die Debatte im Grossen Rat in Bezug auf die Richtwerte der Richtwertperiode 2025-2028 erst in der Februarsession 2024 geführt wird, dass wir uns bereits intensiv Gedanken machen über eine Verbesserung und Weiterentwicklung der Richtwerte, auch des Richtwerts Nr. 1. Wir haben Ihnen einmal dargelegt, wie wir auch den Peak der Mindereinnahmen aus dem nationalen Ressourcenausgleich abbilden möchten, und hier können wir uns sehr gut vorstellen, nebst Ihren Überlegungen, Grossrat Caviezel, dass eine Justierung des finanzpolitischen Richtwerts Nr. 1 erforderlich werden könnte. Also wir arbeiten daran, insbesondere auch in Bezug auf eine Justierung des Richtwerts Nr. 1.

Für einen zuverlässigen Ausblick auf das Jahr 2022 ist es aktuell noch zu früh. Das Budget 2022 weist nach den von Ihnen beschlossenen Änderungen einen relativ moderaten Aufwandüberschuss im Gesamtergebnis von 9 Millionen Franken aus. Mehrbelastungen werden im Zusammenhang mit der Pandemiebewältigung sowie mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine zu verzeichnen sein. In diesem Zusammenhang hat die GPK seit Anfang 2022 auf Antrag der Regierung bereits insgesamt zwölf Nachtragskredite von gut netto 47 Millionen Franken zulasten der Laufenden Rechnung bewilligt. Davon sind netto 19 Millionen Franken für die Unterstützung der

wirtschaftlichen Härtefälle sowie netto 11,5 Millionen Franken, also brutto 51,6 Millionen Franken für die Unterbringung und Betreuung von ukrainischen Schutzsuchenden bestimmt. Ob darüber hinaus weitere Mittel benötigt werden, hängt einerseits vom Verlauf der Pandemie in den kommenden Herbst- und Wintermonaten sowie andererseits von den bevorstehenden Ereignissen in Osteuropa und der Entwicklung der Schutzsuchenden aus der Ukraine ab. Erfreulich für 2022 ist, dass wir wieder von einer maximalen Gewinnausschüttung der Nationalbank im Betrag von 92 Millionen Franken profitieren können. Dieser Betrag entspricht dem Budget. Der bisherige Eingang der kantonseigenen Steuererträge lässt auf ein klar positives Rechnungsergebnis schliessen. Man soll allerdings den Tag nicht vor dem Abend loben. Bis zum Jahresende können noch grössere Überraschungen eintreten. Völlig unberechenbar ist z. B. der Anteil aus der Verrechnungssteuer, der jeweils erst im Januar des Folgejahrs vom Bund bekanntgegeben und überwiesen wird.

Für die folgenden Jahre ab 2023 ist bekanntlich mit einem enger werdenden Finanzrahmen zu rechnen. Nach der Überwindung der jüngsten Welle der Pandemie in diesem Jahr haben die Unsicherheiten mit der angespannten geopolitischen Lage in Osteuropa, steigenden Energiepreisen und der Teuerung bereits wieder zugenommen. Noch schwer fassbar ist der Taucher beim Ressourcenausgleich des Bundes ab dem Jahre 2024. Im Jahre 2024 werden im Ressourcenausgleich erstmals die Auswirkungen, nämlich der STAF-Reform, spürbar. Die neusten Prognosen von BAK Economics weisen auf noch grössere Ausfälle, als was wir bisher angenommen haben, hin. Der Tiefstand liegt im Jahre 2026, nach den heutigen Ergebnissen aktuell mit einem Minus von 60 Millionen Franken. Die Übergangsphase ist erst im Jahre 2030 abgeschlossen. Anschliessend ist mit dauernden STAF-bedingten Ausfällen bei den RA-Zahlungen von gut 20 Millionen Franken zu rechnen. Zu berücksichtigen ist auch die Unsicherheit über die Gewinnausschüttung der SNB. Die maximale Ausschüttung von 6 Milliarden Franken gemäss neuer Ausschüttungsvereinbarung des Januars 2021 und einem Anteil für Graubünden von 92 Millionen Franken ist mittel- und langfristig hochgradig unsicher. Die Vereinbarung mit der SNB gilt für die Geschäftsjahre 2020-2025 und damit für die Auszahlungsjahre zugunsten des Bundes und der Kantone bis ins Jahre 2026. Wie die nachfolgende Vereinbarung aussehen wird, das wissen wir heute noch nicht. Die Volatilität der Finanzmärkte, die im aktuellen Umfeld hoch ist, kann jederzeit zu anderen Werten und Ertragsschwankungen führen. Davon betroffen sind vor allem die Gewinnausschüttungen der SNB und auch Bewertungen der gehaltenen Finanzanlagen. Sie haben in der Diskussion auf diese Unsicherheiten hingewiesen, insbesondere Grossrat Loepfe.

Mir ist bewusst, dass die Begehrlichkeiten, sie wurden hier auch im Rat erwähnt, in die eine oder in die andere Richtung natürlich, mit dieser finanziellen Ausgangslage wachsen. Sie sollten aber nicht unter Ausblendung der Unsicherheiten geführt werden. Wir führen sie auch in Bezug auf Konsequenzen und Anträge für die Dezembersession. Ich bin kein Pessimist und möchte die Sach-

lage auch nicht schlechter darstellen. Wir sind gut gerüstet, um all die kommenden finanziellen Herausforderungen zu bewältigen. Tragen wir weiterhin Sorge für einen nachhaltigen, gesunden Kantonshaushalt. Und ich danke Ihnen allen, mit unterschiedlichen Interessen, dass Sie auf die Notwendigkeit dieser Situation hingewiesen haben. Und ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Standesvizepräsident, geschätzte Damen und Herren, auf die Rechnung 2021 einzutreten.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Gibt es weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Dem ist nicht so. Dann stelle ich fest, dass Eintreten nicht bestritten ist und somit beschlossen ist. Herr Regierungsrat?

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standesvizepräsident Caviezel (Davos Clavadel): Ich unterbreche hier die Debatte, weil es keinen Sinn macht, weiterzufahren. Ich würde zwar gerne, weil Sie undiszipliniert gewesen sind, was nach der Pause den Beginn betrifft, insbesondere eine Fraktion. Aber es sollen ja nicht alle bestraft werden dafür. Ich bitte Sie, morgen um 8.15 Uhr pünktlich wieder hier zu sein, damit wir auch zügig durch den Rest des Geschäftsberichts durchkommen. Vielen Dank und einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Aita Zanetti

Der Protokollführer: Patrick Barandun